

Metallarbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter.

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementpreis pro Quartal 1 Mark.
Reichspost-Zeitungsliste Nr. 5047 a.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Scherm.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Rößlestraße Nr. 16 b.
Telephonruf Nr. 3892.

Inserate
für die sechsgespaltene Colonne oder deren Raum 80 Pf.
Bei Wiederholungen Rabatt.

Schutzzöllnerische Strömungen in England.

Der verbrecherische Urheber des Burenkriegs, dieses schändlichen, frivolen Eroberungskriegs, Chamberlain, hat sich nach der Niederwerfung und Unterdrückung des freien, unabhängigen Burenvolkes auf ein neues Gebiet geworfen, er bekämpft den Freihandel und will an seiner Stelle Schutzzölle einführen. Da für diese Politik in der Regierung keine Einigkeit war, sah er sich zum Rücktritt von seinem Ministerposten veranlaßt, um nun als freier Politiker eine intensive Agitation zur Förderung seiner schutzzöllnerischen Pläne zu betreiben. Diese bestehen, kurz zusammengefaßt, in folgenden Forderungen: Vorzugszölle für die Kolonien, Besteuerung der Nahrungsmittel, Vergeltungszölle gegen die fremden Nationen und ein Reichszollverein. In den Kreisen der Freihändler, die in der Hauptsache identisch mit den Liberalen sind, wirkte das Chamberlainsche Zoll- und Steuerprogramm wie eine Bombe, aber auch in den Kreisen der sogenannten Unionisten, deren Führer Chamberlain ist und die sich unter dessen Führung in den achtziger Jahren von den Liberalen absonderten, um seitdem in Gemeinschaft mit den Konservativen die Regierungspartei zu bilden. Die Zollfrage spaltete die Unionisten, welche Wirkung sich auf die Minister, die fast ausschließlich Freihändler sind, erstreckte. Nicht nahe steht aber der Ministerpräsident Balfour den Chamberlainschen Zollplänen, der kurz vor dem Rücktritt des Kolonialministers ein dickes Buch von 500 Folioseiten über den internationalen Freihandel veröffentlichte, nach dem er das Hauptübel in der einseitigen freihändlerischen Industrialisierung Englands bei gleichzeitiger Industrialisierung der übrigen zivilisierten Länder mit Hilfe hoher Schutzzölle erblickt. Die einseitige Industrialisierung gefährdet — nach seiner Ansicht — die Stellung Englands, da die übrigen zivilisierten, konsumkräftigen Staaten sich immer mehr durch Zollmauern gegen die englische Industrie abschließen und die Produkte, auf deren Ausfuhr England angewiesen ist, von ihren Märkten fernhalten. England verfolgt blindlings eine Wirtschaftspolitik in den letzten zwanzig Jahren, die die Bedingungen für den Erfolg immer mehr verloren hat. Die zivilisierten Länder wollen sich von England industriell nicht mehr bedienen lassen. Aber nicht genug damit, befehen sie auch die neuen, durch Kolonialkriege erschlossenen Märkte und engen somit das Ausfuhrgebiet Englands immer mehr ein. Denn überall, wo die übrigen zivilisierten Mächte hinkommen, bringen sie ihre Tarife mit. Schließlich gibt ihnen ihre Schutzpolitik noch die Möglichkeit, in die Märkte des Vereinigten Königreichs einzudringen und in England selbst den englischen Industriellen zu schlagen. Noch ist die Lage nicht so schlimm. Die Schläge sind noch nicht allgemein fühlbar, und zwar aus folgenden Gründen: erstens ist England der Gläubiger fremder Länder, die ihm Zinsen und Dividenden zahlen; zweitens gibt es noch immerhin meiste Gebiete, die nicht geschützt sind; drittens sind auch die geschützten Gebiete nicht vollständig abgeschlossen. Aber der Forscher muß nicht nur auf die Statik blicken, das heißt nicht nur auf die Lage, wie sie sich im ruhenden Zustand befindet, sondern er muß die Dynamik betrachten, das heißt die Tendenzen, das Werden der Weltwirtschaft; er muß nicht nur fragen: Wo sind wir, sondern auch, wohin gehen wir. Die englische Ausfuhr hat in dem Zeitabschnitt 1881 bis 1901 zwar eine Zunahme aufzuweisen, aber ist diese Zunahme im Vergleich zu der gewaltigen Ausdehnung der Märkte und der Ausfuhrzunahme anderer Länder wirklich günstig? Und nach welchen Ländern zeigt die britische Ausfuhr eine Zunahme?

Er stellt sodann fest, daß die englische Ausfuhr nach den schutzzöllnerischen Ländern von 1880 bis 1902 zurückgegangen und nur diejenige nach den Kolonien und den andern Ländern gestiegen ist. Aber im ganzen ist die Ausfuhr im Verhältnis zur Kopfzahl der englischen Bevölkerung zurückgegangen und zwar von 122 Mk. per Kopf in 1881 auf 104 Mk. in 1901. So kommt Balfour zum Schlusse zur Aufstellung der Forderung nach Zollwaaffen, um durch dieselben von dem Ausland günstigere Ausführbedingungen erzwingen zu können. Balfour will Freihändler bleiben, aber einer, der vorsichtig genug ist, sich mit einer Waffe zu versehen, „denn die Leute, mit denen wir zu tun haben, sind ganz gewissenlose Menschen, die unsere Wehrlosigkeit in gemeinster Weise ausnutzen“.

Balfour hat sich demnach zum bedingten Schutzzöllner entwickelt und da Chamberlain ebenfalls aus reichspolitischen wie wirtschaftlichen Gründen die Zollpolitik fordert, so unterscheiden sich beide nur in bezug auf den Umfang des Zollprogramms. Balfour will vor allem nichts wissen von Zöllen und Steuern auf Lebensmittel, während Chamberlain gerade hierauf das Hauptgewicht seiner Zollpolitik legt, dabei aber nach dem berichtigten Muster aller Schutzzöllner den englischen

Arbeitern vorzuschwindelt, daß dadurch ihre Lebenshaltung nicht verübert, wohl aber ihr Arbeitslohn erhöht werden wird. Auf dem anfangs September in Leicester abgehaltenen 36. Jahreskongreß der Trade-Unions, auf dem 460 Delegierte 1 1/2 Millionen organisierte Arbeiter vertraten, war nun Gelegenheit geboten, zu der Zollpolitik Chamberlains und seinen schwindelhaften Versprechungen Stellung zu nehmen, was auch in unzweideutigster Weise geschah. Einer der Redner, Peter Curran, erklärte, wenn die Chamberlainschen Ideen verwirklicht würden, so würde England um 100 Jahre zurückgeschraubt werden. Er trat sodann für den internationalen Freihandel ein und betonte, daß die Beseitigung des Zolltarifs eine der Forderungen der deutschen Sozialdemokratie ist, die gerade in den letzten Wahlen so glänzende Erfolge errungen hat. Schließlich wurde folgende Resolution mit allen gegen nur zwei Stimmen angenommen: „Der Kongreß verurteilt aufs schärfste die vorgeschlagene Änderung der Zollpolitik, da sie die besten Interessen des Landes gefährdet. Wir verpflichten uns, keine Mühe zu scheuen, um die zollpolitische Änderung zu verhindern.“ Die englischen Arbeiter lehnen also den ihnen zugeordneten „Zollsegen“ ebenso entschieden ab, wie die aufgeklärten, einsichtsvollen und klassenbewußten Arbeiter Deutschlands.

Wie sehr die englischen Arbeiter auch in der Tat allen Grund zur Ablehnung der Chamberlainschen Zollpläne haben, zeigt folgende Übersicht:

1. Neue Zölle: 2 Schilling per Quarter* auf fremdes Getreide; 5 Prozent vom Werte auf fremdes Fleisch; 5 Prozent vom Werte auf fremde Molkereierzeugnisse (Butter, Käse, Milch); 10 Prozent vom Werte (oder weniger) auf fremde fertige Fabrikate.
 2. Zollerniedrigungen: 1/4 des bestehenden Zolles auf Tee; 1/4 des bestehenden Zolles auf Zucker; 1/2 des bestehenden Zolles auf Kakaos und Kaffee.
 3. Zollfrei: Mais, Speck (bacon), Getreide und Molkereierzeugnisse aus den Kolonien; alle Rohmaterialien.
 4. Vorzugszölle: Auf Wein und Früchte aus den Kolonien.
- Resultate in den Zolleinnahmen: Ein Gewinn von 9,000,000 Pfund; ein Verlust von 2,800,000 Pfund.

Der Zoll auf den Doppelzentner Getreide würde demnach ungefähr 80 Pf. betragen gegenüber dem minimalen Getreidezoll von 5,50 Mk. im neuen deutschen Zolltarif. Die Chamberlainschen Industriezölle betragen bis zu 10 Prozent des Wertes im Maximum, für den Anfang recht respektabel hohe Zollsätze. Die vorgeschlagenen Zollermäßigungen, ebenso die Zollfreiheit und die Vorzugszölle betreffen fast ausschließlich die Kolonien und dienen der Tendenz der Zollpolitik beziehungsweise der Reichspolitik Chamberlains, das Mutterland und seine Kolonien immer fester zu einem einzigen Weltreich zusammenzuschmieden und vor allem eine Zollunion herzustellen, wie sie zum Teil zwischen Frankreich und seinen Kolonien besteht. Dazu ist allerdings zu bemerken, daß in den Kolonien Chamberlain mit seinen Zollplänen sehr wenig Gegenliebe findet. Die englischen Kolonien, mit Ausnahme des freilich gewaltigen indischen Reiches, betreiben selbständige Handels- und Zollpolitik und da ist die Sachlage so, daß sie unter einer englischen Zollära wohl die Zollermäßigungen des Mutterlandes sich gerne gefallen lassen, ihm selbst aber solche nicht gerne gewähren würden. Abschreckend wirkt hier die Erfahrung Kanadas, das sich mit der dem Mutterland gewährten Zollermäßigung einen Zollkrieg mit Deutschland geholt hat, der die Vorteile, die ihm das Mutterland gewährt, mehr als aufwiegt und der es daher eines schönen Tages veranlaßt, wieder zum früheren System zurückzukehren. Und nicht günstiger steht es für die Chamberlainschen Ideen und Bestrebungen in Australien. Der jüngste Erdteil ist die „englischste aller englischen Kolonien“ und das hat zur Folge gehabt, daß sich hier ungefähr dieselben Industrien entwickelt haben, wie im Mutterland, dessen Konkurrenz für den australischen Patriotismus eine ewige Verlegenheit ist. Australien ist schutzzöllnerisch bis zur Prohibition. Ein weiterer Grund des Antimperialismus ist der gewaltige Einfluß, den die Arbeiterpartei auf die australische Gesetzgebung ausübt. Ihr Programm ist von überraschender Einfachheit: „Die australische Arbeit den australischen Arbeitern!“ Arbeiter farbiger oder mongolischer Rasse sind bekanntlich jetzt schon von der Einwanderung ausgeschlossen und für Europäer — Engländer nicht ausgenommen — ist sie ebenfalls erschwert.

„Die Arbeiter wissen nun sehr gut, daß die Industriellen ihnen unendlich die hohen Löhne bezahlen könnten, wenn eine Bresche in das bestehende Schutzzöllnersystem gerissen und der Markt der englischen Konkurrenz zugänglich gemacht würde. Zudem erfordern die australischen Finanzen die Beibehaltung hoher Zölle, da diese eine Haupteinnahmequelle des Staates bilden.“

Im letzten August fand in Montreal (Kanada) ein Kongreß der britischen Handelskammern statt, der auch über die

Chamberlainschen Zollpläne verhandelte. Dabei hatte der Vertreter der englischen Regierung, der jüngst ebenfalls zurückgetretene Herzog von Devonshire, die Möglichkeit betont, daß die Kolonien etwas von ihrer Unabhängigkeit und Aktionsfreiheit in der fiskalischen, kommerziellen und industriellen Gesetzgebung zugunsten des Mutterlandes abgeben würden, worauf aber der kanadische Ministerpräsident Bourier erwiderte, daß er damit nicht einverstanden sei. „Wenn wir, führte er aus, in der Lage sind, von Großbritannien eine Begünstigung zu erhalten, für die wir imstande wären, ein Äquivalent zu bieten, und wenn wir diese Begünstigung nur gegen ein teilweises Aufgeben unserer politischen Rechte erhalten können, so würde ich sagen, wir wollen nicht weiter gehen, denn wir sind schon am Ende des Weges angekommen. Kanada schätzt das System, mit dem es bis hierher gelangt ist, zu hoch, um einen Teil seiner Rechte, sei es aus was für einem Grunde immer, ja sogar zum Zwecke der Aufrechterhaltung des Reiches, willig abzutreten. Ich halte es für eine in hohem Grade schlimme Sache, wenn eine unserer Kolonien irgend einen Teil ihrer legislativen Unabhängigkeit opfern müßte. Aber ich glaube auch nicht, daß zum Zwecke der Schaffung eines handelspolitischen Abkommens man an uns mit einem solchen Anspruch gelangen wird.“ Von den imperialistischen, reichspolitischen, zentralistischen Zwecken der Chamberlainschen Zollpolitik wollen also die Kolonien so wenig etwas wissen, wie die englischen Arbeiter von den wirtschafts- und finanzpolitischen Zwecken derselben.

Die finanzpolitische Seite der Chamberlainschen Bestrebungen veranschaulicht die obenstehende Übersicht in sehr klarer Weise. 180 Millionen Mark sollen neue Lasten geschaffen werden, wogegen 56 Millionen Mark Entlastungen gewährt werden sollen; das Endergebnis wäre also eine neue, eine Mehrbelastung der englischen Arbeiter um 124 Millionen Mark, wodurch sie zur Ertragung der gemeinschaftlichen finanziellen Folgen des verbrecherischen, im Interesse des englischen Kapitals geführten Eroberungskriegs in Südafrika gezwungen würden.

In handelspolitischer Beziehung ist zu sagen, daß England in der Tat seine erste Stelle auf dem Weltmarkt verloren hat und von den Vereinigten Staaten und Deutschland überflügelt worden ist. Aber die Ursache dieses Rückganges der englischen Industrie liegt nicht im Freihandelssystem, auch nicht in der englischen Gewerkschaftsbewegung und nicht in den besseren Arbeits- und Lohnverhältnissen, die ja die Leistungsfähigkeit der Arbeiter enorm gesteigert hat, sondern die Schuld daran liegt an dem Rückgang der englischen Bourgeoisie, die, wie wir möchten sagen, alt geworden ist, im Golde erstarrt und die frühere Initiative, Tatkraft und Beweglichkeit, die sie die Welt erobern ließen, verloren hat. In diesem Zustand würde die Chamberlainsche Zollpolitik nichts ändern, nichts verbessern, im Gegenteil würde das Ruheziffen der Schutzzölle diese Verhältnisse nur noch verschlimmern.

Inzwischen fährt Chamberlain, dessen Sohn in der rekonstruierten Regierung sitzt und der gewissermaßen den Stellvertreter und Blashalter des Vaters macht, mit seiner Agitation fort, für die ihm neben andern nach dem 12000 Markbeispiel des deutschen Scharfmacher-Verbandes die Eisen-, Metall- und Maschinenindustriellen, die schutzzöllnerisch gestimmt sind, die reichen Mittel liefern. Die Opposition der englischen Arbeiter dagegen ist freudigst zu begrüßen, denn es gilt nicht, die völkerverzweigende schutzzöllnerische Raubpolitik noch weiter auszudehnen, sondern sie immer mehr zurückzudrängen und zu beseitigen, und darum wünschen wir ihnen in dem ihnen aufgezwungenen Kampfe vollen und ganzen Erfolg!

In dem Oktober-Heft des Verbandsorgans der Amalgamated Society of Engineers sagt Mr. Barnes den Vertretern des Schutzzolls und des Freihandels einige unangenehme Wahrheiten, am meisten jedoch den Vertretern des Freihandels, weil diese sich darauf berufen, daß der Freihandel der englischen Industrie zu ihrer Blüte verholfen habe. Dem „Schutzzoll und Arbeit“ überjochtenen Artikel von Mr. Barnes entnehmen wir folgendes:

Die Zolltarife brauchen uns nicht so sehr viel zu kümmern, ausgenommen insofern, daß die Vorschläge zu solchen Gelegenheiten zur Befreiung von Arbeiterforderungen geben. In dieser Hinsicht haben die Vorschläge viel gutes bewirkt. Sie haben ökonomische Probleme in die Arena der praktischen Politik gezogen, sie haben den gemeinen Mann mit der Diskussion von Fragen, die ihm selbst und seine materiellen Lebensbedingungen betreffen, vertraut gemacht und auf jeden Fall den Nebel der Interesslosigkeit gegenüber den vitalen Bedürfnissen des Volkes zerteilt, in dem die Politiker sich wie in ein Gewand gewickelt hatten.

Mr. Chamberlain mag mit seinen Vorschlägen unrecht haben, und wir glauben, daß er es hat; er hat aber nicht desto weniger in einigen seiner Feststellungen sehr recht. Schut-

* 1 Quarter Getreide = 29,79 Liter gleich circa 2/3 Sackmetz.

zöge mögen nur eine Form politischer und ökonomischer Quacksalberien sein — und wir glauben, daß sie dies sind — die es Kapitalisten ermöglichen, Waren zu monopolisieren und Kräfte und Syndikate zu bilden; aber die niedergedrückten und unsicheren Lebensbedingungen unserer ärmeren Mitbürger unter dem Freihandel sind Tatsachen, die der Vorkämpfer des Cobden-Clubs (Vereinigung freihändlerischer Politiker in England) nur mit einiger Schwierigkeit mit seinen glühenden Lobpreisungen der Philosophie des Freihandels in Einklang bringen kann, sie bilden ein furchtbares Hindernis, daß die Arbeiterchaft den Liebeswerbungen der Vertreter des Freihandels Gehör schenkt. Der Freihandel ist seinem Ergebnis nach daselbe wie eine leistungsfähige Arbeitsmethode und in wirtschaftlicher Hinsicht sollte er von diesem Standpunkt aus betrachtet und beurteilt werden. Er fügt zu der Produktivität der Arbeit noch den durch den Verkauf von hier erzeugten und ins Ausland verschickten Waren erzielten Gewinn hinzu. Die Arbeiterchaft ist ebensowenig gegen den Freihandel eingenommen wie gegen Maschinerte oder verbesserte Arbeitsmethoden; jedoch verlangt die Arbeiterchaft einen gerechten Anteil an den dadurch erzielten Vorteilen, und jetzt, wo uns der Kampf zu seinem Schutze bevorsteht, sollte die Gelegenheit ergriffen werden, um die Ansprüche der Arbeiterchaft in den Vordergrund zu drängen und neben der Verteidigung des Freihandels mit doppelter Schärfe zu vertreten.

Eine lediglich negierende Politik wird weder gegenüber Mr. Chamberlain etwas nützen noch mit den Interessen der Arbeiterchaft vereinbar sein, und aufgeklärte Arbeiter werden wissen wollen, weshalb ihnen zugemutet wird, für ein Handelssystem einzutreten, das für Ungleichheit der Arbeitslöhne, Unsicherheit der Beschäftigung und elende Wohnungsverhältnisse zwar nicht verantwortlich, jedoch davon begleitet ist.

Die neuesten Berichte zeigen sehr deutlich, daß der nationale Wohlstand sich in Sprüngen vermehrt, soweit derselbe in Bankabschlüssen, besteuertem Einkommen oder aufgehäuften Kapital zum Ausdruck kommt. Sir Robert Giffen konstatierte in seiner Ansprache an die British Association, daß das Vermögen dieses Landes 1885 10000 Millionen Pfund Sterling betrug, sich in diesem Jahre jedoch auf 15000 Millionen Pfund vermehrt hat. Der Bericht über die Staatseinkünfte zeigt ein Anwachsen des zur Kenntnis der Steuerbehörden gelangten Einkommens von 657 Millionen Pfund im Jahre 1895 auf 866 Millionen im Jahre 1902 und, wenn wir unsere Aufmerksamkeit einer einzelnen Industrie zuwenden, so sehen wir allein in der Eisen- und Stahlproduktion ein Anwachsen des Profits von weniger als zwei Millionen Pfund im Jahre 1895, auf mehr als 6 1/2 Millionen im letzten Jahre.

Jedoch was nützen die Zahlen, soweit die Arbeit in Betracht kommt, wenn wir uns vor Augen halten, daß zu derselben Zeit nach wie vor 12 Millionen Menschen in unserer Mitte am Rande des Elends sich das Leben fristen und daß das Alter der großen Masse von Reichtumszeugern nach einem Leben unausgesetzter und immer stärker werdender Plage vom Mangel bedroht ist? — Was ist beinahe verjährt zu fragen: Könnten Kräfte und Zollelasten schlechter wirken? Tatsache ist, daß die moderne, zügellose Industrie — einerlei ob unter Schutzzöllen oder Freihandel — nur darnach strebt, die Massen zu herabzu- und einige wenige zu bereichern, und wenn die Freihandelsleute nicht bereit sind, Zugeständnisse zu machen, um den Grundübeln abzuhelfen, die die Ursache dieser Ungleichheit sind, dann sollte die Arbeit sie verlassen, um eigene Ziele zu verfolgen und beginnen, nach ihrem eigenen Vorteil zu streben!

Wir verlangen bessere Wohngelegenheit, Abschaffung der Kinderarbeit und kürzere Arbeitszeit für Erwachsene, Altersversorgung, bessere Erziehung und eine vernünftige Regelung der Arbeitslosigkeit im Interesse der Gesamtheit. Zur Deckung der Kosten verlangen wir die Besteuerung des Besitzes an Grund und Boden und des höheren Einkommens; zur Durchführung sozialer und industrieller Verbesserungen verlangen wir eine Ausdehnung der Befugnisse der lokalen und nationalen Behörden.

In diesem Sinne fängt nunmehr die Arbeit an, sich zu regen, dies Bestreben ist im Begriff weiter fortzuschreiten, und wir hoffen, daß in dem nachfolgenden Winter nichts geschehen wird, um diese Bestrebungen auf andere und minder wichtige Streitpunkte abzulenken.

Aus dem christlich-katholischen Lager.

Seit Jahresfrist hat der „tüchtige“ christliche Agitator Döring mit seinen Bundesgenossen die Orte im Landkreis Köln als Agitationsfeld erkoren, weil er in der Stadt und in den Vororten wegen seiner einst verübten planlosen Arbeit keinen Boden mehr findet. Man organisiert, was man nur erziehen kann. Alles hinein in den Christlichen Metallarbeiter-Verband, gleichviel welchen Verfalls die betreffenden Arbeiter sind, nur um mit einer großen Mitgliederzahl prunkeln zu können. Wie verhängnisvoll eine derartige planlose Agitation für diesen „tüchtigen“ Agitator werden konnte, beweist folgender Fall. In Großkönigsdorf bei Köln, dem Agitationsfeld dieses Helden, streikten seit dem 9. Oktober 34 Sandgrubenarbeiter, die teilweise im Christlichen Metallarbeiter-Verband organisiert sind. Die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften haben in diesem Landort noch keinen Einzug halten können, wegen der Hitze, die durch die Christlichen dort gegen die freien Gewerkschaften unterhalten worden ist. Die christlichen Herren haben aber jetzt das Feld beackert und die Früchte werden wir einheimen. Selbst ein vollständig Uneingeweihter mußte sich von vornherein sagen, daß der Streik für die Arbeiter verloren gehen wird, so berechnigt auch ihre Forderungen sind, zumal, wenn als Streikführer ein solch konfusier Mensch berufen wird, wie dieser „tüchtige“ Agitator Döring. In einem Flugblatt, das der „tüchtige“ Agitator in diesem Streik mit seiner vollen Namensunterzeichnung unterzeichnete, stellte er unter anderem die Forderung an den Unternehmer: Anerkennung der christlichen Organisation. Darnach sollen die noch bestehenden Organisationen, die doch an Mitgliederzahl den

verschwindend kleinen Christlichen Verband weit übertreffen, von der Anerkennung ausgeschlossen sein! In der Zentrums- presse liest man immer spaltenlange Artikel über Terrorismus der freien Gewerkschaften, ist dies vielleicht kein Terrorismus, bestehende Organisationen von der Anerkennung auszuschließen?

Hier waren die christlichen Helden auf sich selbst angewiesen, hier konnten sie beweisen, was sie auf Grund ihrer fortwährenden Veteuerung als gläubige katholische Christen von dem Unternehmertum erringen konnten. Was die Unternehmer darnach fragen, daß die Herren sich christlich nennen und darum sich besser dünken, das hat der Besitzer der Sandgrube, Herr Großpeter, bewiesen an dem Tage, als die Versammlung der Streikenden stattfand, sowie in seinem späteren Verhalten gegen die Arbeiter. Während die Streikenden beraten haben, wie sie am besten ihre Forderungen durchdrücken könnten, saß Herr Großpeter nebenan in einer Restauration, zechte lustig drauf los und sang nach Studentenart ein Liedchen dabei, daß es laut ins Dorf hineinschallte. Den gedulbigen christlichen Arbeitern sind denn auch in diesem Kampfe die Augen aufgegangen, insoweit, daß sie eingesehen haben, daß es dem Unternehmertum ganz gleich ist, ob es streng christlich gläubige oder sozialdemokratische Arbeiter sind, die durch die Verhältnisse gezwungen werden, den Kampf gegen die Unternehmer zu führen. Die Christlichen werden einfach mit ihren noch so gerechten Forderungen abgemiesen wie jeder andere Arbeiter, wenn die Macht der Organisation die Unternehmer nicht zur Anerkennung der Forderung zwingen kann. Dieser Kampf hat die Zentrums- und Sozialdemokratie zu einem beachtenswerten, sehr interessanten und offenen Bekenntnis, wie sie die Interessen der Arbeiter vertritt, gezwungen, wie der nachfolgende Artikel des apostolischen Verlegers des heiligen Stuhles, des Herrn Theissing, in seinem Blatte Rheinischer Merkur, es zum Ausdruck bringt. Herr Theissing ist auch Verleger des Kölner Volksfreund und der Kölnischen Landeszeitung, drei frommer Zentrumsblätter. Der Artikel ist so interessant, als daß er der Arbeiterchaft außerhalb Kölns vorenthalten werden sollte. Er beweist, daß die Zentrums- und Sozialdemokratie nicht den Interessen des Unternehmertums zu dienen und sogar ihre eigenen christlichen Arbeiterführer auf das schmachlichste zu beschimpfen. Andererseits werden aber auch, wenn sich die feindlichen Brüder in den Haaren liegen, Sachen an die Öffentlichkeit gerät, die bis jetzt im Dunkeln lagen.

Nun wollen wir einmal den christkatholischen Verleger hören, indem wir seinen Artikel rollinhaltslich mit allen Unterstreichungen und Einschaltungen folgen lassen:

Der Streik in Großkönigsdorf.

Für Montag Abend waren durch ein „die Streikleitung, Georg Döring, Köln, Friesenwall 130“ unterzeichnetes Flugblatt die Arbeiter und Mitbürger von Großkönigsdorf und Umgebung zu einer öffentlichen Versammlung in die Wirtschaft Lichtschläger in Großkönigsdorf eingeladen. Die Versammlung war von etwa 100 Personen, meist Arbeitern besetzt.

Venor wir über diese Versammlung berichten, wollen wir uns den Einläder, den Herrn Georg Döring, etwas näher ansehen. Derselbe ist unseren Lesern bekannt aus den Artikeln, welche im Mai vorigen Jahres im Rheinischen Merkur erschienen und die Spitzmarke „Sozialdemokratische Spiegel“ trugen. In der Nummer vom 26. Mai 1902 nannten wir eine von diesem Georg Döring gegen uns abgegebene öffentliche Erklärung eine freche Lüge und erwarteten eine gerichtliche Klage, um die Wahrheit unserer Behauptungen durch Zeugen vor Gericht zu beweisen. Jedoch die Klage blieb aus. Ebenso die Klage seines Kollegen. Der dritte im Bunde klagte auch nicht, ließ sich aber von dem christlichen Metallarbeiter-Verband, welcher ihn aufgefordert hatte, gegen uns zu klagen, 30 Mk. zahlen, um Klage erheben zu können, und ging dann mit dem Gelde zu seinen roten Brüdern, den Sozialdemokraten, zurück, aber Klage erhob er auch nicht.

Herr Döring und Herr Wieber sind unseren Abonnenten auch bekannt aus der Zeit vor der Reichstagswahl: als eine kleine Anzahl Arbeiter unter dem heuchlerischen Namen Zentrumsverein sich bemühten, Uneinigkeit in die Zentrums-Partei zu tragen und zu diesem Zwecke Versammlungen hielten, um dem Zentrum Brotkrumen und Verteilung der heuchlerischen Klassen vorzuzerweren, waren auch Döring und Wieber mit dabei, bemüht sich, der Anweisung des Zentrums zu folgen, die Zollfrage zu bemägen, um die Arbeiter gegen das Zentrum aufzuheben, und besorgten so die Geschäfte der Sozialdemokratie. Nach der Reichstagswahl scheint Döring einige Zeit gearbeitet zu haben, seit einiger Zeit bezieht er von dem christlichen Metallarbeiter-Verband als arbeitsloser, „genutzter Arbeiter“ seinen früheren Wochenlohn. Es hat den Anschein, daß es ihm besser gefällt, flatz zu arbeiten, als Arbeiteragitator tätig zu sein. Die unglücklichen Orte unserer Vaterstadt sind meistens der Schauplatz seiner Tüchtigkeit, durch welche schon viele brave Arbeiter ins Unglück gekommen sind.

Auch der Streik von 34 Sandarbeitern in Großkönigsdorf, die jetzt vor dem harten Winter brotlos geworden sind, ist das Resultat seiner Tüchtigkeit. Über die Vorommnisse in Königsdorf hat er in der vorigen Woche der Redaktion des Rheinischen Merkur eine Anzahl von Korrespondenzen zugesandt, welche aber unbedeutend geblieben sind, weil sie nicht glaubwürdig sind.

Über den Streik in Königsdorf brachten wir folgenden Bericht: Samstag, 9. Oktober. In der Sandgrube der Firma Großpeter in Buchhell ist ein Streik ausgebrochen. 34 Arbeiter legten die Arbeit nieder und nahmen ihre Entlassungspapiere in Empfang. Die Veranlassung dazu gab folgendes Vorkommnis: Herr Großpeter hatte den Arbeitern durch den Meister eine Lohnerhöhung von 1,80 Mk. pro Kopf und Woche zugestimmt, jedoch von derselben zwei Arbeiter ausgenommen, welche ebenfalls schon längere Jahre daselbst beschäftigt waren. Die Arbeiterchaft verlangte nun, daß auch diesen beiden die Lohnerhöhung gezahlt werde, und als diesem Verlangen nicht entsprochen wurde, legten 34 derselben die Arbeit nieder und befanden sich im Ausstand. Die Gründe der Firma, warum sie die beiden Arbeiter von der Lohnerhöhung ausgeschlossen hat, sind von ihr nicht bekannt gegeben. Jedenfalls hätte durch eine zeitige Ansprache und beiderseitigen guten Willen der Streik können vermieden werden. Wir empfehlen den Arbeitern, sich nicht verheßen zu lassen, und den Arbeitgeber, Gerechtigkeit zu üben, denn jeder Ausstand bringt den Beteiligten nur Schaden.

Die Warnung an die Arbeiter, sich nicht verheßen zu lassen, hat den Vorfall des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands, dem Döring und Wieber angehören, veranlaßt, in Landtagen von Exemplaren der Arbeiter der Gegend von Königsdorf, Sövenich, Frechen und Umgegend anzusprechen, daß alle christlichen Arbeiter einen flammenden Protest erheben sollten, indem es schreibt: Wir betrachten es gerade als einen Verrat und können es nur bedauern, wenn von einer Presse, die von den christlichen Arbeitern gelesen und unterstützt wird, ihre Interessen mit Füßen getreten werden. Ein flammender Protest aller christlichen Arbeiter sollte auch hier Herrn Theissing belehren, daß sich christlich Arbeiter in ihrer Gutmütigkeit zwar vieles, aber doch nicht alles bieten lassen können.

Herr Wieber aus Duisburg redete in der Versammlung in Königsdorf zuerst und führte etwa folgendes aus:

Es freut mich, daß ihr so solidarisch zusammenhaltet, um flammenden Protest zu erheben gegen eine Tages- und Wochen- druck- und Anstalt. Wie heißt die Presse?

Döring ruft: Rheinischer Merkur. Und wie heißt der Besitzer und Redakteur? Döring ruft: Herr Theissing. Und ich glaube, diese Zeitung ist hier sehr verbreitet und beliebt, leicht sind ihr alle Abonnenten dieses Blattes? Publikum: Ja alle. Dann las er das Artikelchen des Rheinischen Merkur vor und fuhr fort:

Seht ein solches Blatt, was ihr mit euren sauer verdienten Groschen bezahlt, tut euch so etwas an. Laßt ihr euch das weiter gefaden? Einige im Publikum: Nein. Wo ihr wißt jetzt, wie ihr mit dieser Presse davon seid, und was ihr zu tun habt. Hiermit verlasse ich den Rheinischen Merkur.

Jetzt also der Vorfall bei der Firma Großpeter, dieser Besitzer einer Sandgrube, welche für ihn aber eine Goldgrube ist, bezahlt auch einen solch geringen Lohn und wenn ihr mehr verlangt, erhaltet ihr denselben, aber die beiden besten Arbeiter werden ausgeschlossen. Es freut mich, daß ihr so viel solidarischen Geist besitzt, um mit euren Kollegen, denen Unrecht geschieht, zu halten.

Dann redete er vom Kapital, von dem gesagt werde, daselbe sei der Hauptfaktor des Lebens. Das sei aber nicht wahr; der Arbeiter sei der Hauptfaktor, das Kapital erreiche nur seine Höhe damit, daß dem Arbeiter das Mark aus den Knochen gezogen und daß der Arbeiter betrogen werde. Der Geldsack allein könne sich nicht vermehren, das sehe man, wenn er in die Wüste gelegt werde, er werde sich nicht verändern. Er wolle die Arbeiter einmal aufklären, wie sie sich ein besseres Dasein schaffen könnten. Unser Wunsch ist, daß den Arbeitern, von welchen es 48 Millionen gibt, zum Bewußtsein käme, wie mit ihnen verfahren wird. Das ist so ist, daran sind die Arbeiter selbst schuld. Die Arbeiter halten ihre Standeshöhe nicht hoch. Die oberen Zehntausend sind ein Krutlein, rühr mich nicht an, so fest halten sie ihre Ehre. Von den Arbeitern hört man oft, daß sie zu Sklaven geboren wären; das ist aber nicht wahr. Der Arbeiterstand opfere für das Kapital 26000 Arbeiter durch Unfälle. Seit 1886 seien 17000 Arbeiter verunglückt. Warum werden dem Militärstand mehr Vorrechte eingeräumt als dem Arbeiterstand? Was hat das Kapital für Opfer gebracht? Nichts. Die Kapitalisten sind kein heraus, die gründen Aktiengesellschaften und verdienen ihr Geld mit Aktienverkauf.

Die Bilanzen zeigen, wie's gemacht wird. Da werden hohe Abschreibungen gemacht, damit die Arbeiter sich an den veröffentlichten Bilanzen nicht stoßen! Die Kapitalisten haben dann doch viel verdient und zwar durch die Arbeiter. Ihr seht daher, wie der Arbeiter gegen das Kapital zurücksteht, welches Millionen verdient und ein minimales an Arbeitslöhnen zahlt. Der Arbeiter schlage die hohen Dividenden heraus und erhalte nur einen kleinen Lohn. Die große Krisis des vorigen Jahres beruhe nur auf Schwindel. Spekulieren sei Diebstahl. Im vorigen Jahre sei durch den Verkauf der Papiere in Spanien der Preis für das Kilo Kupfer von 80 Pf. auf 2 Mk. gestiegen, nur auf Kosten der Arbeiter. Das Volk muß sich mehr Bildung anschaffen, um nicht über die Ohren geschlagen zu werden. Darum organisiert euch! Wenn ihr nämlich alle zusammen haltet, dann wird es besser werden, darum organisiert euch. Wir, eure Führer, haben uns nicht gescheut, hierher zu kommen und euch einmal die Augen zu öffnen, also organisiert euch!

Herr Döring sprach dann etwa folgendes:

Eigentlich soll ich über das Vorgehen des Herrn Theissing nicht viele Worte verlieren, denn das wißt ihr ja, wie sich die Sache verhält und erzählt nochmals seine Darstellung des Streites. Herrn Theissing war dies alles bekannt, denn er hatte das Zirkular von mir, worin das alles steht, erhalten. Herr Theissing mußte aber etwas apertes bringen. Statt zu sagen 3 Pf. pro Arbeitsstunde, schreibt er 1,80 Mk. pro Woche, das hört sich besser an. Herrn Theissing ist klar bewiesen worden, daß das nur 4 Pf. pro Stunde war. Hat doch eine kleine Dürener Zeitung und der Kölner Lokalanzeiger genau berichtet, wie ich den Bericht zusendet habe. Warum berichtet nun Herr Theissing nicht so? Mir hat es sogar eine halbe schlaflose Nacht gekostet, um Herrn Theissing den Bericht zuzusenden, und ich war sogar genötigt, mehr alkohoholische Getränke zu mir zu nehmen als sonst, ich mußte noch drei Wirtschaften besuchen, um eine Freimarke zu bekommen. (Das merkt man dem Bericht an. D. Red.) Er hat den Bericht nicht gebracht, weil er unterzeichnet war mit dem Namen Döring. (Sehr war! D. Red.)

Ich habe vor zwei Jahren einmal eine Presse gegründet, die für unseren Stand etwas tun sollte, das Westdeutsche Volksblatt, die hat aber nichts genutzt, denn sie wurde nicht unterstützt und deshalb ist sie eingegangen. (Bei dieser Gründung, welche nicht frei von großem Schwindel war, haben verschiedene Herren wegen unvorsichtigen Kreditgebens zirka 40000 Mk. verloren. Auch eine Anzahl von Arbeitern haben dabei ihre Einlagen eingebüßt. Bei einer zweiten Gründung im vorigen Jahre, welche nur zwei Monate dauerte, war Döring beteiligt, dabei verlor ein kleiner Fabrikunternehmer, veranlaßt durch Herrn Döring, an 2000 Mk. D. Red.) Die Presse ist eine zeitliche Macht und deshalb muß man eine Presse schaffen, und ich kann ihnen sagen, ich werde sie schaffen! Herr Theissing wird seinen Sinn schon ändern und darum will ich nicht sagen, ihr sollt dieses Blatt abschaffen. Dann kommt der Redner wieder auf den Streik, schildert das Vorgehen der Gendarmen und der Bahnauffeher und schließt zum Schluß die Arbeiter auf, die ausständigen Kollegen zu unterstützen.

Nach der Versammlung kehrten Döring und Wieber nach Köln zurück. Als sie in den Eisenbahnwagen eingestiegen und nun allein zu sein glaubten, sagte Döring zu Wieber: Die Männer hätten bei der Firma Großpeter alle die Arbeit wieder aufnehmen wollen, und es sei ihm sehr schwer geworden, dieselben davon zurückzuhalten. Herr Wieber richtete an Döring die Frage: Warum müßtest du denn Theissing in Schutz nehmen? Wenn dem nämlich hier so 30 bis 40 Abonnenten abgesprungen wären, dann hätte der seinen Sinn schon geändert.

Döring meinte: es wird schon der Fall sein, daß viele Abonnenten abgehen. Dann fragte Wieber den Döring: Wieviel Mann hast du noch hier in Königsdorf? Döring erwiderte ungefähr 15. Herr Wieber meinte dann, das ist zu viel, wenn du hier nur fünf Mann hättest, hättest wir hier genug, denn die kosten Geld.

Da sich der Zug in Bewegung setzte war von der weiteren Unterhaltung dieser beiden „Vollbeglückten“ nichts mehr zu verstehen. Aus den gehaltenen Reden und diesem Zwiegespräch ersieht man, wie gewissenlos Wieber und Döring hegen, um den Klaffenhaß zu erzeugen und zu vertiefen. Wo bleibt denn die christliche Anschauung und das praktische Christentum?

Am Dienstag sollte in Sövenich eine Versammlung stattfinden, aber es waren nur einige Personen erschienen und deshalb wurde dieselbe nicht abgehalten.

Auch die Versammlung die in Frechen am Mittwoch stattfand, war sehr schwach besucht.

Von dem Sand- und Tonröhrenwerk Großkönigsdorf Inhaber: G. Großpeter erhalten wir folgendes Schreiben:

Großkönigsdorf, den 15. Oktober 1903.

Herrn Heinrich Theissing, Verlag des Rheinischen Merkur Köln. In Ihrer geschätzten Zeitung Rheinischer Merkur bringen Sie einen Artikel, der den Streik in meiner Sandgrube bespricht. Wenn die Angaben in Ihren Zeilen auch nicht ganz den Tatsachen entsprechen, ist Ihre Zeitung doch die einzige, welche sich nicht mit den Angaben des Döring begnügt und dessen Darstellung vorsichtig anzunehmen scheint. Da nun Herr Döring Sie in einem Flugblatt angreift, halte ich es für meine Pflicht, Ihnen den klaren Sachverhalt der ganzen Angelegenheit nebst den dazu gehörigen Lohnlisten zu unterbreiten, damit Sie in der Lage sind sich gegen die unwahren Angaben des zc. Döring zu wehren.

Hochachtungsvoll Sand- und Tonröhrenwerk Großkönigsdorf G. Großpeter.

Macht und Stärke des Metallarbeiter-Verbandes. Angesichts der Tatsache, daß es im Röhrenarbeiter-Verband bereits viele Betriebe mit kürzerer Arbeitszeit gibt, ist es aber ein Non-sens, den anderen Betrieben zu verbieten zu wollen, dem sozialen Fortschritt auch den schuldigen Tribut zu entrichten.

Der Ausschuss des Gesamtverbandes nahm am 28. September auch zu der Lohnbewegung der Berliner Metallarbeiter Stellung. Herr N. Heegewaldt, Vorsitzender der Vereinigung Berliner Metallwarenfabrikanten, erstattete Bericht. Darüber wird im Protokoll mitgeteilt:

„Rebner betont sodann ausdrücklich, daß sämtliche in den Sitzungen der Vertrauenskommission diesem Streik gegenüber gefassten Beschlüsse einstimmige Annahme gefunden hätten, um dadurch zu zeigen, wie unkollegial die Firma Julius Pintsch, welche zu der ersten Versammlung nur ihren Prokuristen ohne die genügenden Vollmachten entsandte, gehandelt habe, indem sie diese Beschlüsse für sich selbst nicht habe anerkennen wollen, und verließ sodann das Schreiben der Firma Julius Pintsch, mit welchem dieselbe ihre Mitgliedschaft an der Vereinigung der Berliner Metallwarenfabrikanten per Ende des Jahres kündigt.“

Augenblicklich sei nun der Erfolg des Beschlusses der außerordentlichen Generalversammlung vom 21. September abzuwarten, wonach am heutigen Tage die Arbeit bedingungslos wieder aufzunehmen sei, widrigenfalls die Mitglieder der Vereinigung sowie diejenigen Fabrikanten, welche sich dem gemeinsamen Vorgehen angeschlossen haben, ihre sämtlichen Arbeiter am Mittwoch den 30. September entlassen.

Was weiter die Firma Julius Pintsch anlangt, so habe derselbe die Vereinigung außer anderen Konfessionen sogar auch noch, wie wohl ebenfalls vergeblich, freigestellt, nur etwa die Hälfte ihrer Arbeiter, ja, nur 30 Prozent zu entlassen, in Berücksichtigung und Würdigung des Umstandes, daß von der Gesamtzahl der 800 Arbeiter dieser Firma nicht mehr als etwa 400 Mann dem Metallarbeiter-Verband angehören und von der Fabrik im ganzen auch nur 18 Leute ausständig sind.

Rebner weist bei dieser Gelegenheit noch darauf hin, welcher großer Triumph der Sozialdemokratie dadurch bereitet würde, daß die bedeutende Firma Julius Pintsch die gemeinsamen Interessen außer acht lasse; es wäre deshalb der Vereinigung unter diesen Umständen auch nicht zugemutet werden, für den Fall eines bei der Firma Julius Pintsch etwa zukünftig ausbrechenden Ausstandes zum Schutze derselben einzutreten.

Ferner teilt Herr Heegewaldt mit, daß zur peluniären Unterstützung der Mitglieder der Vereinigung zurzeit bereits ein Fonds von 30000 Mk. vorhanden sei, welcher bei der beschlossenen Umlage von 50 Pf. pro Woche und Arbeiter innerhalb weniger fünf Wochen der Dauer des Streikes auf ein Kapital von 100000 Mk. anwachsen werde.

Wenn die Arbeit zu dem gestellten Termin nicht wieder aufgenommen werde, so dürften etwa 10000 bis 11000 Arbeiter von der beschlossenen Sperrungsmaßnahme betroffen werden; es sei indes die schärfste Abwehr durchaus geboten, wenn man bedenkt, was ein Streik in der Metallindustrie in der jetzigen Hochsaison vom September bis Dezember, der eigentlichen Erntezeit, zu bedeuten habe; unter solchen Umständen können wir uns doch unmöglich förmlich andauernd lassen und verhalten uns zutun, bis die Arbeiter von selbst wiederkommen.

Aus der diesen Ausführungen folgenden längeren Debatte ist besonders hervorzuheben, daß mehrere Herren aus der Versammlung von einer Majorisierung sowie einer gleich von vornherein zu beschließenden völligen Einstellung der Betriebe abrieten, während Herr Blohm, Hamburg, das in Hamburg mit gutem Erfolg angewendete Mittel anempfahl, bei einem derartigen Streik nach und nach nur immer zu je etwa ein Sechstel Arbeiterentlassungen vorzunehmen, um so wenigstens der guten Arbeiter verschärft zu bleiben und nicht in die Verlegenheit zu geraten, überhaupt keine Arbeiten ausführen zu können.

Schließlich werden, nachdem ein Antrag des Herrn Schierland, Chemnitz, lauten:

Der Vorstand wird beauftragt, sich mit der Firma Julius Pintsch ins Einvernehmen zu setzen und für den Fall, daß die Darstellung des Herrn Heegewaldt zutreffend ist, der Firma Julius Pintsch zu erklären, daß ihr Verhalten nicht dem Interesse des Gesamtverbandes entspricht.

Mit 16 gegen 11 Stimmen abgelehnt ist, folgende zwei weitere Anträge angenommen:

1. Antrag des Herrn Mend, Altona: Der Gesamtverband spricht der Vereinigung der Berliner Metallwarenfabrikanten seine volle Sympathie mit dem Vorgehen gegen die streikenden Arbeiter aus und wird der Vereinigung Berliner Metallwarenfabrikanten bei der bevorstehenden Aussperrung nach jeder Richtung hin behilflich sein, um die Aussperrung zu einem Erfolg für die Arbeitgeber zu bringen.

2. Antrag des Herrn Heegewaldt, Berlin: Der Vorstand des Gesamtverbandes sucht unter Zuziehung der Vereinigung Berliner Metallwarenfabrikanten einen Ausgleich mit der Firma Julius Pintsch herbeizuführen.“

Es wird dann in einer Note bemerkt: In Ausführung dieses Beschlusses verhandelte der stellvertretende Vorsitzende am 30. September zunächst allein mit dem Herrn Kommerzienrat Pintsch, welcher ihm mitteilte, daß er die von den in seinem Berliner Werke beschäftigten 18 Brüdern vorgelegten Forderungen zurückgewiesen und die 18 Brüder sofort entlassen habe; besonders betonte er, daß die Firma Julius Pintsch unter allen Umständen an dem zehnjährigen Arbeitsvertrag festhalte.

Da von den übrigen circa 800 Arbeitern keinerlei Forderungen an die Firma gestellt worden seien, fühle sich dieselbe in keiner Weise veranlaßt, nach Entlassung der genannten Brüder gegen die übrigen Arbeiter durch Aussperrungen provokatorisch vorzugehen. Aus diesem Grunde habe die Firma ihre Mitgliedschaft an der Vereinigung der Metallwarenfabrikanten gleichgültig mit der Firma S. Giffert gekündigt.

Ein Ausgleich mit der Vereinigung der Metallwarenfabrikanten wurde trotz eingehender Verhandlung von Herrn Kommerzienrat Pintsch abgelehnt.

Arbeitgeber-Zeitung contra Metallarbeiter-Zeitung.

g. Nürnberg, 1. November.

Vor dem Schöffengericht Nürnberg kam heute die Beleidigungsklage des Generalleiters der Vereinigung der Berliner Metallwarenfabrikanten, Herrn Nasse in Berlin, gegen den Redakteur der Deutschen Metallarbeiter-Zeitung, Genossen Scherrn, zum Auszug. Der Klage lag folgender Tatbestand zu Grunde. In Nr. 4 der Arbeitgeber-Zeitung vom 26. Oktober 1902 stand eine Notiz des Inhaltes, daß in der Kronleuchterfabrik von Hermann Dietrich in Berlin die Arbeiter in den Ausstand getreten seien, weil man den Schleifern die von ihnen gestellten Forderungen nicht bewilligt habe, nachdem aber die Arbeiter eingesehen hätten, daß die Firma als Mitglied der Vereinigung Berliner Metallwarenfabrikanten nicht gewillt war, den Forderungen nachzugeben, hätten die Arbeiter zu den alten Bedingungen die Arbeit wieder aufgenommen. In einer anderen Nummer hatte sich die Arbeitgeber-Zeitung mit der Berliner Röhrenarbeiterbewegung befaßt. Die Deutsche Metallarbeiter-Zeitung antwortete hierauf in einer Notiz in Nr. 44 vom 1. November 1902, worin es heißt, die Arbeitgeber-Zeitung habe den früher begangenen Schwindel jetzt, der brave Herr Nasse habe Bescheid genug gemacht, die Arbeitgeber zu organisieren und gegen die Arbeiter scharf zu machen, aber es sei nie möglich gewesen, eine einigermaßen anständige Verhandlung zustande zu bringen, nur 4, 5 und 6 Mark jeiter immer in den Verhandlungen anwesend gewesen. Das sei wohl nicht zu wenig, darauf zurückzuführen, daß die Arbeitgeber von Herrn Nasse nichts wissen wollen, dem Hege und Böhler, der sich die erste Blamase bei den Klempnern ge-

holt habe, dann bei den Tischlern abgefallen sei. Beim Röhrenlegerstreik habe es erst einen langen Diszussion bedurft, ehe er zur Versammlung der Unternehmer Zutritt erhalten habe. Bezüglich der Notiz über den Streik bei Dietrich, als deren Verfasser die Metallarbeiter-Zeitung Herrn Nasse bezeichnete, lies: Die Sache kann das Mäusen nicht lassen und Herr Nasse das Aufschreiben nicht. Warum denn so die Wahrheit vollständig auf den Kopf stellen? Die Wahrheit ist doch, daß die Arbeiter einen vollständigen Sieg errungen haben; die Schleifer hatten die Arbeit niedergelegt wegen Abzüge. Dann haben die übrigen Arbeiter sich mit den Schleifern solidarisch erklärt und neben der Abstellung einer Reihe von Mißständen die Wiedereinstellung der Schleifer gefordert. Die Mißstände sollten sofort abgestellt, die Schleifer aber nicht wieder beschäftigt werden. Das war die Antwort auf die Forderung. Nun wurde einige Tage gestreikt, und dann gab, trotz Abtraten des Herrn Nasse, die Firma nach und stellte die Schleifer wieder ein. Den Schleifern wird jetzt ein Lohn von 55 Pf. bezahlt. Ein Urteil darüber, ob Herr Nasse oder wir Recht haben, ob das ein Sieg oder bedingungsloses Wiederaufnehmen der Arbeit ist, kann sich jeder selbst bilden.

Durch diese Notiz fühlte sich Herr Nasse beleidigt und in der öffentlichen Meinung herabgewürdigt. Der Artikel wurde in seinem vollen Umfang zum Gegenstand der Privatklage gemacht. In dieser Sache war schon im Februar Verhandlung abgeräumt, aber behufs weiterer Zeugenvernehmung vertagt worden.

Der Beklagte war durch Rechtsanwalt Dr. Süßheim, der Kläger durch Advokat Goldmann vertreten. Den vom Vorsitzenden des Gerichtes angebotenen Vergleichsversuch wies der klägerische Vertreter zurück ab, worauf in die Wechselaufnahme eingetreten wurde. Die Zeugen, die sämtlich in Berlin wohnen, waren nicht an Gerichtsstelle erschienen, sondern kommissarisch vernommen; deren Aussagen wurden zur Verlesung gebracht.

Der erste Zeuge, Berichterstatter und Redakteur Sellwig, hat ausgesagt, er sei zur Zeit der Röhrenlegerbewegung in fast allen Versammlungen der Klempnermeisterung gewesen. Die Versammlungen seien stets sehr gut besucht gewesen, gewöhnlich von 200 bis 300 Mann. Es sei über Aussperrung beraten und beschlossene worden. Hiestu habe sich Nasse ausgesprochen. Von einer Aussperrung des Bauerns seitens des Klägers, über die mangelhafte Durchführung der Beschlüsse ist dem Zeugen nichts bekannt geworden.

Obermeister Berger: Im August 1902 fanden anlässlich der Lohnbewegung der Röhrenleger mehrere Versammlungen der Arbeitgeber statt, denen auch Nasse beizuohnte. Nach meiner Erinnerung hat er in diesen Versammlungen einen vermittelnden Standpunkt eingenommen. Ich kann aber nicht sagen, ob er einzelne Forderungen anzunehmen geraten hat.

Klempnermeister Mulack weiß zwar, daß der Kläger an verschiedenen Behauptungen der Unternehmer teilgenommen hat, kann aber nicht mehr sagen, welche Stellung er zu den einzelnen Forderungen einnahm.

Die folgenden Zeugenaussagen beziehen sich auf die Behauptung, daß Nasse bei den Tischlermeistern mit seiner Scharfmacherei abgefallen sei.

Tischlermeister Borusky: Im Spätsommer 1902 fanden mehrere Versammlungen der Tischlermeister statt, die den Arbeitsnachweis betrafen und denen ich beizuohnte. In den meisten Versammlungen trat Nasse als Redner auf, wobei er darauf hingielte, die Meister zu veranlassen, nicht nachzugeben. Er wurde deshalb mehrfach angegriffen, insbesondere auch durch Zurufe, ich kann nicht aber nicht erinnern, daß ihm speziell zugerufen wurde, ob er denn noch nicht genug habe an der Blamase, die er sich bei den blechern Röhrenlegern geholt habe. Ich glaube wohl, daß mir der letztere Ausdruck, wenn er in einer der erwähnten Versammlungen gefallen wäre, aufgefallen sein würde.

Rebner, Berichterstatter des Vorwärts, deponierte: Ich wohnte im Herbst 1902 einer Versammlung der Berliner Tischlermeister wegen des Arbeitsnachweises als Berichterstatter bei. In dieser Versammlung trat Nasse als Redner auf und sprach in ziemlich scharfer Weise in dem Sinne, die Meister zum Nichtnachgeben zu veranlassen. Er fand in der ziemlich aufgeregten Versammlung starke Opposition, die auch schon seine Legitimation, in der Versammlung aufzutreten, angezweifelte. Es wurden aus der Versammlung mehrere Zurufe gegen ihn gemacht, unter anderem auch der, ob er denn noch nicht genug an der Blamase habe, die er sich bei den blechern Röhrenlegern geholt habe. Dies bezog sich offenbar auf Vorgänge in Versammlungen der Klempnermeister, in denen der Kläger sich bemüht hatte, die Meister zum energischen Widerstand zu veranlassen, während schließlich der Verlauf der Sache diesen Bemühungen nicht entsprach. Ich war bei jener Versammlung der Klempner auch zugegen.

Obermeister Richard: Im Jahre 1902 fand eine Versammlung der Meister der Berliner Tischlerinnung statt, die sich mit der Frage des Arbeitsnachweises beschäftigte und in der ich, wie ich glaube, den Vorsitz führte. Es handelte sich darum, ob der von den Arbeitern beantragte paritätische Arbeitsnachweis eingeführt werden sollte. Nasse hielt zu dieser Frage einen längeren Vortrag, in dem er zu dem Resultat kam, daß der paritätische Arbeitsnachweis abzulehnen sei, weil sonst den Arbeitgebern ihre Rechte bezüglich des Arbeitsnachweises und die Möglichkeit der Arbeiterbeschäftigung einträchtig werden könnten. Diese Ausführungen fanden nur ganz geringen Widerspruch und wurden mit sehr großer Majorität zum Beschluß erhoben.

Nun folgen die Zeugenaussagen über die Vorgänge beim Streik in der Kronleuchterfabrik von Hermann Dietrich.

Gürtler Hugo Schmidt: Im Oktober 1902 legten die Schleifer der Firma Dietrich die Arbeit nieder, weil ihnen bezüglich der Abfordarbeiter Abzüge gemacht werden sollten. Ich erinnere mich speziell, daß der Lohn für eine Yra von 60 auf 50 Pf. sowie auch der Lohn für Wandarme ebenfalls herabgesetzt wurde. Da die Bewährungsgeber der Schleifer, die Fabrikleitung zur Unterlassung dieser Abzüge zu bewegen, erfolglos waren, legten sie die Arbeit nieder. Am demselben Abend hielten alle übrigen Arbeiter eine Beschlüssenversammlung ab, in der beschlossen wurde, daß eine Kommission der Fabrikleitung eine Anzahl Forderungen unterbreiten sollte. Die Hauptforderung war die Wiedereinstellung der Schleifer mit 55 Pf. Stundenlohn, außerdem waren noch eine Anzahl anderer Forderungen aufgestellt. Ich gehörte zur Kommission, die am nächsten Tage mit dem Fabrikleiter Heinrich verhandelte. Die Verhandlungen zerschlugen sich zunächst, weil Heinrich zwar die übrigen Forderungen bewilligen wollte, die Wiedereinstellung der Schleifer aber ablehnte. Auch die Zuziehung eines gewissen Herrn vom Metallarbeiter-Verband blieb erfolglos, worauf sämtliche Arbeiter der Fabrik die Arbeit niederlegten. Am nächsten Tage ersuchte Heinrich die Kommission abermals, mit ihm zu verhandeln. Dies geschah und Heinrich erklärte, anscheinend auf Zureden seiner Schwiegermutter, der Fabrikbesitzerin, daß er außer den bereits bewilligten Forderungen auch die Schleifer wieder einstellen wolle. Ich habe diese Einigung so aufgefaßt, daß die Schleifer wieder zu den alten Arbeitsbedingungen mit der Modifikation arbeiten sollten, daß ihnen ein Mindestlohn von 55 Pf. zugesichert wurde. Nach der stattgehabten Einigung erfuhr ich, daß die Firma Dietrich sich wieder dem Berliner Verein der Metallwarenfabrikanten angeschlossen hatte. Vorher war mir davon nichts bekannt.

Metallreicher Adolf Zillig schildert den Anlaß des Streiks wie der vorige Zeuge und bezeichnet als Hauptforderung ebenfalls die Wiedereinstellung der Schleifer gegen 55 Pf. Stundenlohn. Die Firma bewilligte auch nach einigen Zögern alle Neuforderungen der Schleifer bis auf die Anschaffung einer Jubiläum, weil diese sich zu teuer stellte; von dieser Forderung wurde dann auch aus dem angegebenen Grunde abgesehen. Ich bemerke noch, daß der Berichterstatter Heinrich die Forderung, die Schleifer wieder einzustellen, anfänglich abgelehnt hat, später aber nachgab.

Metallreicher Richard Radler und Gürtler Müller deponieren übereinstimmend mit dem Zeugen Zillig, dessen Aussagen sie in allen Punkten bekräftigen.

Frau Pauline Dietrich, Mitinhaberin der Firma Hermann Dietrich, bezeugte: Im Oktober 1902 legten die Schleifer die Arbeit nieder, weil ich ihre Forderung auf Erhöhung des Abfordlohn be-

züglich der Anfertigung von Yras ablehnen mußte. Es ist nicht richtig, daß ich ihnen Abzüge vom Abfordlohn machen wollte. Die übrigen Arbeiter verlangten die Einstellung der Schleifer, welche ich jedoch so lange nicht bewilligen zu können glaube, als die Schleifer ihre Forderungen aufrecht erhielten. Darauf legten auch die übrigen Arbeiter die Arbeit nieder. Schon am nächsten Tage begannen die Verhandlungen, wobei die Arbeiter eine Reihe von Forderungen aufstellten, in erster Linie aber die Wiedereinstellung der Schleifer verlangten. Einige dieser Forderungen war ich zu bewilligen bereit, dagegen lehnte ich nach wie vor die Wiedereinstellung der Schleifer ab, so lange sie auf ihren Forderungen beharrten. Infolgedessen zerschlugen sich die Verhandlungen zunächst. Als dann aus dem Kreise der Arbeiter der Wunsch ausgesprochen wurde, in die Verhandlungen wieder einzutreten, geschah dieses. Es erfolgte dann auch eine Einigung, in der ich meinen Standpunkt vollständig wahrte. Ich hatte nämlich während der Lohnbewegung stets erklärt, daß ich die Anfertigung der Yras den Polierern an Stelle der Schleifer übertragen wollte, wodurch die Lohnansprüche der Schleifer in dieser Hinsicht ohne weiteres in Fortfall kamen. Die Schleifer verlangten nur, daß ich ihnen das schriftlich geben sollte, was ich ablehnte. Diesen Anspruch ließen die Schleifer dann fallen und nunmehr kam die Einigung zustande. Kurz vor Ausbruch der Bewegung war ich meines Wissens Mitglied der Vereinigung der Berliner Metallwarenfabrikanten geworden, wenigstens hatte ich bereits vorher meinen Beitritt angemeldet.

Adolf Cohen, erster Bevollmächtigter des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Verwaltungsstelle Berlin, erklärte: Durch Einnahme der Statuten des Vereins Berliner Metallwarenfabrikanten habe ich ersehen, daß den Mitgliedern die Verpflichtung auferlegt ist, gesperrte Arbeiter, das heißt unter anderem solche, die sich an einem Streik beteiligen, auf eine gewisse Zeit zur Arbeit nicht einzustellen. Zur Sicherung dieser Verpflichtung muß jedes Mitglied Wechsel hinterlegen, die bei Nichterfüllung der Verpflichtung fällig werden. Der mir bekannte Privatkläger Nasse hat meines Wissens in der Deutschen Arbeitgeber-Zeitung mehrere Notizen erscheinen lassen, welche nach meiner Kenntnis die Differenzen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitern unrichtig darstellen. Ich würde dies, wenn mir die betreffenden Notizen vorlägen, im einzelnen behaupten können, heute kann ich dies aus der Erinnerung nur bezüglich des Dietrichschen Ausstandes. In dieser Hinsicht überreichte ich der von mir verfaßten Jahresbericht, worin der fragliche Streik kurz dargestellt ist. Bei der Firma Dietrich wurde zweimal gestreikt. Bei dem ersten Ausstand gehörte ich der Unterhandlungskommission an, die Darstellung des zweiten Ausstandes in meinem Bericht beruht auf Mitteilungen, die ich von den beteiligten Arbeitern erhalten habe. Im Gegensatz zu dieser Darstellung, die nach meiner Ansicht wahrheitsgemäß ist, brachte die Arbeitgeber-Zeitung eine abweichende Notiz, in welcher insbesondere die Sache so dargestellt wurde, als wenn die Arbeiter die Arbeit bedingungslos wieder aufgenommen hätten. In Versammlungen habe ich den Privatkläger nicht reden hören und kann nicht behaupten, ob er in solchen falschen Angaben über das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer gemacht hat.

Der Vorsitzende verliest aus dem Bericht des Bevollmächtigten die Stellen, die sich auf die beiden Streiks bei Dietrich beziehen. Der eine war im September 1902 und war nach zwei Tagen erledigt, im Oktober kamen neue Differenzen, um die es sich hier dreht. Die Widersprüche in den Zeugenaussagen werden vom Vorsitzenden dadurch erklärt, daß verschiedene Zeugen die beiden Streikmittenander verwechseln.

Gewerkschaftssekretär Karl Wieselthal: Mir ist bekannt, daß der Verein der Berliner Metallwarenfabrikanten für Verletzung der Statuten und Beschlüsse Konventionalstrafen durch Fälligmachung hinterlegter Wechsel Strafen bis zu etwa 10000 Mk. festgesetzt hat, und daß zu den naturarlich auferlegten Verpflichtungen auch die gehört, ausgesperrte Arbeiter nicht einzustellen. Nasse war früher Sekretär bei dem Verein der Metallindustriellen und ist jetzt Generalsekretär des Vereins der Berliner Metallwarenfabrikanten. Während Nasse Sekretär des erlgennannten Vereins war, wurde ein Wechsel über 1000 Mk. fällig gemacht, nur weil ein Arbeitgeber mit einem Leiter einer Arbeiterorganisation verhandelt hatte. Ich habe in der Arbeitgeber-Zeitung mehrmals Notizen gefunden, welche Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitern, die ich aus eigener Wahrnehmung selbst kannte, falsch darstellten. Diese Notizen waren gezeichnet „Castor“, welches die Signatur des Nasse sein soll.

In einer später eingereichten schriftlichen Erklärung bemerkt Zeuge, daß er inzwischen durch Recherchen ermittelt habe, daß Nasse nicht mehr Sekretär des Verbandes der Metallindustriellen war, als jener Wechsel auf 1000 Mk. fällig gemacht wurde.

Klempnermeister Tischler: Im Herbst vorigen Jahres fand in Berlin aus Anlaß einer Lohnbewegung der Röhrenleger eine Versammlung der Arbeitgeber statt. Als damaliger Altgeselle der Röhrenlegerinnung wollte ich der Versammlung gerne anwohnen, meine Zulassung wurde aber nicht gestattet, weil die Arbeitgeber unter sich kein Wort wollten. Obermeister Grün, der mir dies eröffnete, teilte mir dabei mit, daß auch Herr Nasse erst nach längerem Nachsuchen und Diszussionen zur Versammlung zugelassen worden sei.

Damit war das Beweisverfahren beendet; auf die Frage des Vorsitzenden, ob auch fernerhin bestritten werde, daß Nasse der Verfasser der fraglichen Notiz in der Arbeitgeber-Zeitung sei, erklärte der klägerische Vertreter, er gebe jetzt zu, daß die Notiz von Nasse stamme, der von Frau Dietrich informiert worden sei. Nachdem ihm diese erklärt, daß die Arbeiter die Arbeit bedingungslos wieder aufgenommen hätten, habe er in gutem Glauben die Notiz verfaßt.

Ferner wird aus den Akten eines Beileigungsprozesses, den der Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Schlichte, gegen den Redakteur der Arbeitgeber-Zeitung, Klebinder in Berlin, anstrengte, bekannt gegeben, daß Klebinder zu 10 Mk. Geldstrafe verurteilt wurde, weil er in bezug auf die Unversehrtheit Schlichtes bei Verhandlungen, die gelegentlich einer Arbeitsdifferenz der Aluminiumschlichter in Schwabach mit dem Meister stattfand, geschrieben hatte: „Höfentlich zeigen sich die Meister so gut organisiert, daß vor ihnen die Gehörtheit Schlichtes die Segel streichen muß.“

Der klägerische Anwalt hielt die Klage in allen Punkten aufrecht. Er griff auf den Fall Klebinder zurück und meinte, was dem einen recht sei, müsse dem andern billig sein. Dem Kläger sei ebenfalls Gehörte vorgeworfen worden, ebenso sei ihm der Vorwurf des Schwindels gemacht. Den spiritus rector der Notiz in der Metallarbeiter-Zeitung wittert der Anwalt in einem der Hauptzeugen, der sich an Nasse habe reiben wollen. Auch der Ausdruck „der brave Nasse“ sei als Kränkung aufzunehmen, da er nur höhnisch gemeint sei. Ebenso beleidigend seien die Behauptungen, Nasse habe sich bei den Klempnern eine Blamase geholt u. s. w. Es sei auch nichts derartiges erwiesen. Der schwerste Vorwurf sei aber der der Unwahrheit, der in dem Ausdruck, wie die Klage das Mäusen nicht lassen könne, so könne auch Herr Nasse das Ausschneiden nicht lassen. Auch hier sei nichts erwiesen. Er habe sich seine Information über den Verlauf des Dietrichschen Streikes bei Frau Dietrich erholt und danach die Notiz verfaßt, anderswo konnte er sich nicht informieren. Bei einem Streik glaube jeder Teil den Sieg davongetragen zu haben, und im Falle Dietrich sei es noch nicht lange her, wer eigentlich als Sieger aus dem Kampfe hervorgegangen sei. Auf keinen Fall könne behauptet werden, daß Nasse absichtlich die Unwahrheit gesagt habe. Die Klage sei in jeder Richtung begründet und er bitte um eine angemessene Strafe.

Der Vertreter des Beklagten, Dr. Süßheim, bemerkte, es sei erwiesen, daß der Vorwurf, Nasse sei ein Scharfmacher, wohl begründet ist. Er ist Generalsekretär des Unternehmer-Verbandes und sieht sich in dieser Stellung veranlaßt, alles zu tun, was geeignet ist, die Position der Unternehmer zu stärken und das gute Einvernehmen zwischen Arbeitern und Arbeitnehmern zu zerstören. Er müßte sich auch in die Streitigkeiten in anderen Berufen einmischen und sich nicht anziehen. So wollte er auch bei den Tischlermeistern die Rolle des Scharfmachers spielen. Die Einigung kam gegen den Willen Nasses zustande, der wegen seiner Besuche, die Einigkeit zu untergraben, aus den Reihen der Meister selbst angegriffen wurde. Durch den Zeugen Rebner sei der Beweis erbracht,

daß Masse als Schafmacher tätig war und eine solche Tätigkeit kann man wohl als hebevisch und wühlerisch bezeichnen. Diese Behauptung wird auch noch durch andere Argumente unterstützt, so durch eine Rede, die Masse auf der Arbeitssachverständigenkonferenz am 5. September 1906 gehalten hat, und in der er sich gegen die paritätischen Arbeitssachverständigen ausgesprochen hat, indem er behauptet, daß die paritätischen Arbeitssachverständigen die Arbeiter oder deren Führer in den paritätischen Arbeitssachverständigen terrorisieren, daß frivole Streiks vom Jaune gebrochen werden, daß der Kleinmeister mit der Großindustrie zusammengehen müsse, damit die berufsmäßigen Geher, die von größeren Betrieben ausgeschlossen sind, auch in den kleineren keinen Unterschlupf mehr finden. Ferner behauptete Herr Masse, es sei üblich, eine Affordarbeit zu übernehmen, einen möglichst hohen Vorschuss darauf zu erheben und dann einfach die Arbeit im Stiche zu lassen. Wenn man solche Behauptungen aufstellt, so sei das ein hohles Plunkern. Auf der Arbeitssachverständigenkonferenz 1900 in Dresden hat Herr Masse angeführt, daß bei seiner Vereinigung ein Hauptbuch bestimme, in welches Vor- und Nachname, Geburtsort, Geburtstag und -jahr sowie die letzte Arbeitstelle jedes einmal durch den Verband beschäftigten Arbeiters eingetragen werde. Bei seinem Verband hätten die Mitglieder Solawechsel zu hinterlegen je nach der Größe des Betriebs, seinem Verband sei es immer gelungen, die verhängten Strafen zu erhalten. Bei ihm würden Arbeiter, die eine nachgewiesene Arbeit nicht antraten, auf vier Monate ausgesperrt. Diese Aussperrung wurde von anderen Rednern als viel zu hart erklärt. Masse selbst in den Kreisen der Arbeitgeber wird das Verfahren des Masse als viel zu hart bezeichnet. Diese Tätigkeit ist doch keine andere als eine schärfmachersche. Bei allen wirtschaftlichen Kämpfen kommen jederzeit scharfe Worte zur Anwendung, die man nicht auf die Goldwaage legen darf, umso mehr, als die Arbeitgeber-Zeitung selbst nicht sehr wählerisch in ihren Ausdrücken ist. So hat die Metallarbeiter-Zeitung am 8. November 1902 einen ganz objektiven Anschlag aus dem Geschäftsbericht der schlesischen Eisen- und Stahlberufsgenossenschaft gebracht, der nur trockene Daten enthält; die Arbeitgeber-Zeitung nennt diese Aufstellung eine Hebstatistik. Man sieht also, daß auf beiden Seiten scharfe Worte gebraucht werden, und wenn mein Mandant nicht klagte, so kommt das daher, weil er auf dem Standpunkt steht, die Redakteure sollten es vermeiden, das Gericht durch solche Klagen zu belästigen.

Nun zu dem Vorwurf der Unwahrheit. Es ist erwiesen, daß bei dem Dietrichschen Anschlag die Arbeiter den größten Teil ihrer Forderungen durchgedrückt haben. Die Notiz des Masse ist also unwahr. Wenn es ihm darum zu tun gewesen wäre, die Wahrheit zu erfahren, so hätte er den richtigen Sachverhalt sehr leicht feststellen können. Der Beweis ist erbracht, daß Masse objektiv und subjektiv die Unwahrheit geschrieben hat.

Der Verteidiger beantragt deshalb Freisprechung, eventuell eine kleine Geldstrafe, für die der Klagen geschaffen sei durch den Prozeß Klöber, der wegen Beleidigung eines Arbeiterführers nur zu 10 Mk. Geldstrafe verurteilt wurde.

Das Urteil lautete: Schemm ist schuldig eines fortgesetzten Vergehens der Beleidigung teils nach § 185, teils nach § 186 des Reichsstrafgesetzbuchs und wird hierwegen zu 100 Mk. Geldstrafe eventuell 10 Tagen Gefängnis verurteilt, auch hat er die Kosten zu tragen und dem Kläger die notwendigen Auslagen zurückzuführen. Außerdem wurde dem Kläger die Befugnis zugesprochen, den verfügbaren Teil des Urteils auf Kosten des Beklagten in der Metallarbeiter-Zeitung bekannt zu machen. In den Gründen heißt es: Es bedarf keiner weiteren Ausführung, daß die Ausdrücke: der brave Herr Masse, Geher und Wühler, Masse habe den Versuch gemacht, die Wahrheit auf den Kopf zu stellen, beleidigender Natur sind. Verschiedene von seinen des Beklagten ausgesprochene Behauptungen sind in der Verhandlung nicht erwiesen worden. Die Versammlungen der Kleinmeister waren nicht immer nur von einigen Mann, sondern nach den Zeugnisaussagen von 200 bis 300 Mann besucht. Es ist nicht nachgewiesen, daß der Kläger behauptet habe, daß es nicht zu einer Aussperrung der Kleinmeister gekommen ist. Was den Vorwurf des Hebens und Wühlens betrifft, so hat die Verhandlung allerdings ergeben, daß Masse in verschiedenen Versammlungen gegen die Arbeiter gesprochen, insbesondere hat er beantragt, in Sachen des paritätischen Arbeitssachverständigen der Tischler nicht nachzugeben, aber trotz dieser Feststellung war der Vorwurf der Hebe nicht berechtigt. Masse war als Sekretär des Unternehmer-Verbandes verpflichtet, nach bestem Wissen und Gewissen die Interessen seiner „Dienstherrn“, der Arbeitgeber, wahrzunehmen. Ferner ist ihm nachgeredet worden, er sei in die Versammlung der Tischlermeister eingedrungen, obwohl er dort nichts zu suchen gehabt hätte, nur aber ist erwiesen, daß er zu der Versammlung eingeladen war und daß seine Vorschläge von der Mehrheit der Versammlung angenommen worden sind. Auch bezüglich der Behauptung, er habe sich bei den Kleinmeistern eine gründliche Blamage geholt, ist kein Beweis erbracht. Verschiedene Zeugen haben den Zuruf von den bleicheren Kühnemannern in der Tischlerversammlung nicht gehört, nur der Reporter Rehbein will ihn gehört haben. Aber selbst wenn der Zuruf wirklich gefallen ist, so ist das noch kein Beweis, daß sich Masse wirklich blamiert hat.

Der bedeutendste Vorwurf ist der, daß Masse wissenschaftlich die Unwahrheit gesagt habe, indem er in der Zeitung schrieb, die Arbeiter bei Dietrich hätten die Arbeit bedingungslos wieder aufgenommen. Die Inhaberin schreibt sich den Sieg bei dem Streik zu, während die Arbeiter ebenfalls behaupten, sie hätten gestreikt. Die Wahrheit scheint in der Mitte zu liegen. Es ist erwiesen, daß die Arbeiter mit einem großen Teile ihrer Forderungen durchgedrungen sind, sie haben aber auch in anderen Punkten wieder nachgeben müssen, so daß die Inhaberin der Meinung ist, daß sie ihren Standpunkt vollkommen gewahrt hat, hauptsächlich, nachdem die ständige Arbeit den Schleifern genommen und den Polierern übertragen wurde. Jedenfalls kann man nicht sagen, daß Masse bewußt die Unwahrheit geschrieben hat. Die Beleidigungen stehen also fest. Von Wahrung berechtigter Interessen kann nicht die Rede sein, da die Form des Artikels die Absicht der Beleidigung deutlich erkennen läßt. Beim Strafmaß kann als mitbedingend in Betracht, daß Schemm zweifellos in gutem Glauben gehandelt, daß er den Artikel nicht selbst verfaßt hat, der von fremder Seite eingekauft wurde, daß er als Vertreter der Arbeiter deren Interessen wahrnehmen mußte. Als strafschwerend wurden die Schwere der Vorwürfe und der Umfang angesehen, daß Schemm wegen Preßbeleidigung schon vorbestraft ist.

„Erster deutscher Arbeiterkongress“

Aus den Kreisen der bescheidenen Erfinder dieses Titels für den Frankfurter Kongress selbst heraus wurde mit anerkennenswerter Freimütigkeit bekannt, daß sie bisher schlafmüdig gewesen sind. Nur so kann man es auch verstehen, daß sie für ihren Arbeiterkongress die Priorität für Deutschland in Anspruch nehmen. Nun, da sie aufwachen wollen, studieren sie vielleicht noch die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, und sie werden dann finden, was sie alles verschlafen haben. Indes, nicht alle Führer der Christlichen wiegen sich in dem Wahne eines „Ersten deutschen Arbeiterkongresses“. August Brunt spricht in seinem Bericht an den ersten „Kongress christlich-organisierter Arbeiter“. Und es liegt auch sonst für die christlichen Führer keinerlei Anlaß zur Ruhmredigkeit und Überschwänglichkeit vor. Das kann man jetzt, wo sich die „großen Wasser“ verlaufen haben und die hurra-patriotische Feststimmung der Vertagsstimmung gewichen ist, deutlich erkennen. Man prahlt zwar noch immer mit der großen Zahl der auf dem Kongress vertretenen gewöhnlichen „Arbeiter“, allein auf Grund welchen Gegeneinwands man die Zahlen gewonnen hat, ist bekannt. Es könnte uns ja gleichgültig sein, wenn sich die Arrangements der Schauluststellung selbst etwas vorkaufte, allein ihr Verfahren ist eine Art unlauteeren Wettbewerbes; das liebe Publikum soll angelockt werden. Die Feststellung dieser Täuschungsversuche ist daher geradezu eine Pflicht. Wir bleiben dabei, daß die Zahl der in Frankfurt ver-

tretenen „Arbeiter“ völlig unkontrollierbar ist. Nicht nur, daß viele Mitglieder anderer als Arbeiterkreise angehören und daß eine zugleich mehrere der vertretenen Berufsgruppen angehören, haben wir jetzt durch den Vergleich auch den Beweis geliefert erhalten, daß sogar ein und dieselben Organisationen mit ihren sämtlichen Mitgliedern zweimal aufmarschieren. Da ist der Gesamtverband der evangelischen Arbeitervereine Deutschlands mit angeblich 75000 Mitgliedern und zehn Delegierten verzeichnet. Daneben aber figurieren einzelne Landesverbände und Ortsvereine dieser Goulure, die zum allergrößten Teile dem Gesamtverband angehören und deren Mitgliederzahl in den 75000 schon enthalten sind, mit 30000 Mitgliedern und 20 Delegierten. Wie viele Mitglieder des mit 16000 aufgeführten katholischen Knappenvereins sindgen wohl dem Brüssler Gewerksverder der Bergarbeiter angehören?

Herr Elegenwald muß deshalb die „Bärenausfönder“ schon in seinen eigenen Reihen suchen. Es ist ja zu begreifen und der Sachlage entsprechend, wenn die Mumm, Behrens, Schiffer und Genossen bei dem beginnenden „Entscheidungskampf“ zwischen der königstreuen Arbeiterschaft und den antimonarchischen sozialdemokratischen Scharen zahlreicher Streikkräfte zu bedürfen glauben, aber durch eine modifizierte Kopie des fetigen Herrn Potentkin werden diese Scharen nicht aus dem Felde zu schlagen sein.

Als der Plan zu diesem Kongress der Öffentlichkeit übergeben wurde, haben wir den Gewandten ausgesprochen, daß dadurch der in der Rückwärtsbewegung befindlichen christlichen Gewerkschaftsbewegung ein neuer Impuls verliehen und sie wieder etwas vorwärts gebracht werden sollte. Daß dies beabsichtigt war, geht deutlich aus der Resolution hervor, die zum ersten Punkte der Tagesordnung: „Das Koalitionsrecht der deutschen Arbeiter und die Vereinsgesetzgebung“ angenommen wurde. Sie enthält in der Einleitung die inbrünstige Aufforderung an die inorganisierten Arbeiter, die in der inbrünstigen Organisation beizutreten, die nicht auf dem Boden des Klassenkampfes stehen. Dieser fromme Wunsch wird natürlich nicht in Erfüllung gehen. Denn wenn die bisher indifferenten Arbeiter zur Erkenntnis ihrer Lage kommen, was die erste Voraussetzung zum Beitritt zu einer gewerkschaftlichen Organisation ist, dann werden sie mit verschwindenden Ausnahmen den Anschluß zu suchen, wo ihre Interessen am wirksamsten gewahrt werden: Bei den freien Gewerkschaften.

Die Frage des Koalitionsrechts bildete überhaupt den Brüssler Mittelpunkt von dem Kongress zu halten sein würde. Wir sind nicht enttäuscht worden. Von einem Dittelpunkt kann man seine Feigen plündern. Der Referent Schiffer brachte das Kunststück fertig, daß er neben dem Vortrag des aus M.-Glabbach stammenden und im Druck vorgelegenen Textes zahlreiche Klagen über die jetzt beliebte Anwendung des § 153 und die Unmöglichkeit der Vereinsgesetzgebung einbrachte, trotzdem aber nicht etwa die Beseitigung des § 153, dieses Ausnahmefalles gegen die Arbeiter, verlangte, sondern er befürwortete, diesem Paragraphen eine Erweiterung zu geben, „um das Koalitionsrecht zu schützen“. Als Folie dazu diente ihm vornehmlich der „sozialdemokratische Terrorismus“. Nach dem christlichen Gewerkschaftsblatt äußerte sich Schiffer: „Die Benutzung des Koalitionsrechts ist zu schämen, sowohl gegen das Vorgehen der Unternehmer wie auch gegen den sozialdemokratischen Terrorismus gegen andersorganisierte Arbeiter.“ Also ein Spezialgesetz zum Schutze seiner christlichen Organisationen verlangt der Herr Gewerkschaftssekretär Schiffer! Er hat sich damit als ein Reaktionsärtschlimmster Sorte entpuppt; die Regierung wird hoffentlich nicht verfehlen, den Herrn, wenn sie einmal wieder ein Ausnahmefall zu schaffen vorhat, als Schrittmacher anzustellen. Herr Schiffer hätte es in der Tat auch verdient, bei der letzten Reichstagswahl in einem aussichtsreicheren Kreise aufgestellt worden zu sein als in Altona-Zurlohn, wo man nicht das nötige Verständnis für seine Qualitäten zum Selbegerber gehabt hat.

Nach der Resolution soll die „Verhinderung des legitimen Gebrauchs des Koalitionsrechts“ mit Strafe belegt werden. Leider fehlt dazu jede Erklärung, wie das gemeint ist. Soll dieser Passus im Schifferischen Sinne verstanden werden? Ein Koalitionsrecht mit dem Schifferischen Galgen daneben wäre noch schlimmer als der jetzige Zustand.

Herr Schiffer fand Suffens durch Kloos, den Vertreter der „Berliner Richtung“. Dieser plauderte es noch ungenierter aus, was man in gewissen Kreisen in punkto Koalitionsrechtgebung im Schilde führt. Kloos hätte sich übrigens nach Schiffer nicht auch noch bloßstellen brauchen. Schirmer war da „klüger“, der verläßt sich auf die Schafmacher, die werden die Sache schon machen. Schirmer spricht aus Erfahrung, er weiß wie das beim Zentrum im bayerischen Landtag gemacht wird.

Kurz und gut, die Reaktion zeigte sich unverhüllt bei der Beratung der wichtigsten Frage der deutschen Arbeiterschaft, und mer weiß was wir noch zu bekommen hätten, wenn nicht wenigstens ein Delegierter, Beder aus Hagen, dem proletarischen Empfinden Ausdruck gegeben hätte. Nach dessen Erklärung erschien den Reaktionsären die Sache nicht mehr recht geheuer und so wurde der Vorhang vor diese Szene gezogen. Wir aber haben genug gehört, jedoch nichts bemerkt von der „Einheitslichkeit des Zugs“, den Herr Mumm entdeckt haben will. Das „Nachspiel“, das eine merkwürdige „Einheitslichkeit“ darstellt, ist bereits im Gange, wie wir aus dem Berliner Arbeiter, dem Vergnügung und einigen Versammlungen, in denen über den Kongress Bericht erstattet wurde, ersehen.

Was den zweiten Punkt: „Die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine“ betrifft, so sind wir überzeugt, daß die christlichen Gewerkschaften selbst große Augen machen würden, wenn ihnen die Rechtsfähigkeit verliehen würde. Die Schafmacher, die nach Schirmer die „einheitsliebenden Bestimmungen“ zum Koalitionsrecht beantragen werden, finden sicher Mittel, die „Rechtsfähigkeit“ so zu gestalten, daß sie ein Danaergeschenk für die deutschen Arbeiter sein würde.

Daß dieser Kongress auch über Arbeitskammern verhandelt hat, ist wohl nur darauf zurückzuführen, weil sonst das Programm etwas zu dürftig gewesen wäre. Herr Giesberts hat gewiß vieles Richtige gesagt, wenn er es auch unterlassen hat, bestimmte Vorschläge zu machen. Es ist ihm wohl bekannt, daß dem Reichstags schon einmal ein förmlich ausgearbeiteter Entwurf der sozialdemokratischen Fraktion zu dieser Frage vorgelegen hat und er weiß wohl auch, wer ihn zu Falle brachte. Es waren das nicht die Stimmungen allein.

Herr Giesberts hat auf dem Kongresse einige Aussprüche getan, die bemerkenswert sind. So sagte er beim Finale, daß man die Befähigung der Sozialdemokratie denen überlassen solle, die sie geschaffen haben. Diese Anschauung über die Ursachen der sozialdemokratischen Bewegung sind mehr als naiv. Dann aber darf man erwarten, daß Herr Giesberts zunächst selbst nach seinen Worten handeln und in seiner Westdeutschen Arbeiterzeitung den Kampf einstellen wird. Aber er wird sich damit nicht begnügen und so läuft seine Äußerung lediglich darauf hinaus, daß er sich der „Geister“, die da in Frankfurt in Sozialistenvertilgung gemacht haben, gesamt hat und weitere Entgleisungen verhüten wollte. — Herr Giesberts riet seinen Freunden, mehr Klassenbewußtsein zu entwickeln, zugleich aber versicherte er, daß sie (die Christlichen) nicht auf dem Klassenkampfstandpunkte stehen. So zeigt sich selbst bei dem intelligentesten christlichen Führer eine Konfusion der Begriffe. — Große Worte sind in Frankfurt gefallen und es muß sich nun zeigen, wie die Taten ausfallen werden. Zunächst darf man schon neugierig darauf sein, ob die Deputation, die demnächst dem Herrn Reichskanzler ihre Aufmerksamkeit zu machen hat, über der „Franchierung des Hunners“ Zeit finden wird, die in Frankfurt erhobenen Beschwerden und Wünsche vorzutragen. Möglich, daß sich wenigstens Herr Schirmer im Laufe der Jahre im Franchieren die nötige Geschicklichkeit angeeignet hat.

Wir haben keine Ursache, den Veranstalter des Kongresses zu gratulieren; sie haben uns eine Menge wertvollen Materials geliefert, dessen praktische Verwendung für die freie Arbeiterbewegung reiche Früchte bringen wird.

Wir fügen noch das Urteil eines bürgerlichen Politikers an, der dem Frankfurter Kongress beiwohnte. Herr Weinhausen, früher kam,

auch ein fleißiger Besucher der Kongresse der freien Gewerkschaften, sagt in einem Artikel in der Nation unter anderem:

Die Zusammensetzung des „Ersten deutschen Arbeiterkongresses“ war so ungleichmäßig wie nur denkbar. Neben sozialpolitisch strebsamen christlichen Gewerkschaften rückständigste Vertreter konfessioneller Arbeitervereine, neben leistungsfähigen Organisationen Vereine, die selbst dem intimen Kenner der deutschen Arbeiterbewegung gänzlich unbekannt sind, neben gewerkschaftlich reifen Berufsvereinen die evangelischen Arbeitervereine Quandels und die Eisenbahnarbeiter des Peter Wios. Was können die deutsch-nationalen Handlungsgesellschaften mit den unsocialen katholischen Arbeitervereinen Berlins und Ostdeutschlands gemein haben? Was verbindet den deutschen Gewerks- und Fabrikantenverband mit der Heimarbeiterinnenorganisation? Kann man sich denken, daß eine so bunt zusammengewürfelte Gesellschaft mit so grundverschiedenen Interessen auf die Dauer eine einheitliche Arbeitervertretung allerbestehender Art wird darstellen können? Der einzige Beweggrund, der sie in Frankfurt zusammenführte, war der Demonstrationszweck gegen die Sozialdemokratie. Schon auf der Heimreise konnte man aus den Gesprächen der Delegierten heraushören, wie wenig sie selbst daran denken, dauernd in einheitlichen Bahnen zu laufen.

Daran werden sie auch schon die „Protokollen“ der einzelnen Vereine und Verbände hindern, die Grenznüchter und geistlichen Präzises, die nur scheinbar von diesem Kongress ausgeschlossen waren. In Wirklichkeit waren einige von ihnen mit dabei, arbeiteten in den vertraulichen Vorbesprechungen und hinter den Kulissen gelegentlich mit und werden daheim schon dafür sorgen, daß die gewerkschaftlichen Bäume nicht in den Himmel wachsen. Niemand kann doch im Ernst glauben, daß die nationalliberalen Fabrikantenvereine Rheinland-Westfalens unter Quandels Führung oder die katholischen Arbeitervereine des Herrn v. Savigny und des Generalsekretärs Hr. Fournelle gewerkschaftliche Forderungen werden vertreten dürfen, von den süddeutschen Unterbeamtenvereinen, dem christlichen Kollnerbund und dem Gütenbergbund der Buchdrucker ganz zu schweigen. Wenn sie nicht nachträglich noch gegen die gefassten Resolutionen des „Deutschen Arbeiterkongresses“ protestieren, haben sie alles getan, was man von ihnen im Höchsten erwarten darf.

Es kommt hinzu, daß die in Frankfurt tagende Versammlung die widerspruchsvollste politische Vertretung im deutschen Reichstag haben wird. Neben dem hochschulbühlerischen Zentrum, das die christlich-sozialen evangelischen Arbeitervereine perhorresziert, werden sich um der deutsch-nationalen Handlungsgesellschaften willen noch die Antikemiten Liebermann von Sonnenberg und die Frankfurter Beschlüsse bemühen und — der Bund der Landwirte, der durch seinen Direktor Lucke-Patershausen dem Kongress seine Teilnahme aussprechen ließ! Kann man sich ausdenken, daß mit solcher Art etwas Gespriechliches für die industrielle Arbeiterschaft Deutschlands heraufkommt?

Daheim aber finden die Delegierten bei ihrer Rückkehr die träge stumpfe Masse der Mitglieder vor, die ihre Weigerung die gewerkschaftlichen Fortschritt hemmen, über jede, auch die geringste Beitragsleistung lammern und von Kampf nichts wissen wollen. Und neben ihnen die rührige, kampfgewohnte, geschulte Masse der sozialdemokratischen Gewerkschaftler als erdrückende Konkurrenz! Wo bleibt da Raum für irgendwelche gewerkschaftliche Zukunftshoffnungen des „ersten deutschen“ Arbeiterkongresses?

Zum Lohnkampf der Berliner Metallarbeiter.

Berlin, den 7. November 1905

Die vergangene Woche war eine Zeit hochgradiger Spannung. Die bürgerliche Presse hatte die Notiz verbreitet, daß der Anschlag kaum länger als die erste Woche im November dauern würde, da man auf beiden Seiten freimüdig sei. Die Streifenlosigkeit wurde offenbar darin gesehen, daß der Monatswechsel den Streikenden wegen der fälligen Wohnungsmiete Verlegenheiten bereiten könnte, während die Unternehmer zum Teil ungeduldig hofften, wenigstens noch einen Teil der Konjunktur zu retten. Durch diese Umstände, die wohl hier und da Gegenstand der Unterhaltung der Beteiligten gewesen sind, mag das Gerücht entstanden sein, viel wahrscheinlicher ist aber, daß diese Zeitungsnote nur ein Fühler gewesen ist, der die Parteien einander näher bringen sollte.

Der Verband der Metallindustriellen hielt am Samstag voriger Woche eine Versammlung ab, in der er die Andeutungen der Presse durch folgende Erklärung berichtigte:

„Gegenüber zahlreichen falschen oder entstellten Nachrichten beschließt die außerordentliche Generalversammlung der Vereinigung Berliner Metallwarenfabrikanten am 31. Oktober 1905 folgende Erklärung: Solange der Streik dauert, sind alle Beschlüsse durch einfache Stimmausgabe, niemals nach der Zahl der von den einzelnen Fabrikanten beschäftigten Arbeiter gefaßt worden. Es ist kein Druck von Seiten der größeren auf die kleineren Fabrikanten innerhalb der Vereinigung ausgeübt worden, vielmehr erfolgte die Entlassung der Nichtstreikenden vornehmlich auf Anregung kleinerer Fabrikanten. Die kleineren waren durch den Streit viel mehr von Arbeitern entblößt als die größeren. Dementsprechend sind auch die zwei Fabrikanten, die dem Beschluß keine Folge leisteten, die Firmen Rintsch und Gfiter, ausschließlich Großfabrikanten. Die übrigen aber, soweit ihnen der Beschluß unbekannt war, hielten ihm aus Solidarität mit den kleineren Fabrikanten zu.“

Es ist auch falsch, daß die kleineren Fabrikanten innerhalb der Vereinigung durch die Furcht vor einem Boykott zurückgehalten werden, denn nur sehr wenige derselben liefern an andere Mitglieder der Vereinigung, so daß eine Boykottierung gar nicht möglich ist.

Tatsächlich ist dagegen, daß die Mitglieder der Vereinigung einhellig sowohl den zuerst geforderten als auch den vor dem Gewerbegericht vereinbarten Tarifvertrag wie auch überhaupt einen solchen für unannehmbar halten. Sie werden darin bestärkt durch zahlreiche Klagen solcher Fabrikanten, die außerhalb der Vereinigung stehen und den Tarifvertrag, wie sie jetzt erklären, unbedachterweise unterzeichnet haben.

Im übrigen kann aber die größere oder kleinere Anzahl derjenigen, die angeblich dem Tarifvertrag beigetreten sind, die Mitglieder der Vereinigung nicht beeinflussen, weil jene insgesamt nur eine verhältnismäßig kleine Zahl von Arbeitnehmern beschäftigen und weil sie dadurch, daß sie auf die Mitgliedschaft bei der Vereinigung von jeher verzichteten, gezeitig haben, daß sie nicht gewillt sind, für die gemeinsamen Interessen ihrer Berufsgenossen einzutreten.

Nachrichtig ist ferner, daß die Vereinigung mit einem bestimmten Termin, insbesondere dem 2. November als dem Ende des Streiks gerechnet hat.

Ebenso ist von einer weiteren Entlassung von Arbeitern nicht die Rede gewesen.

Die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft, von der gesagt wurde, daß sie unsern Beschlüssen nicht nachgegeben sei, ist nicht Mitglied unserer Vereinigung. Da der Streit seit langer Zeit vorbereitet wurde und bekannt war, daß die Unterhütungen für die Ausständigen nur geringe sind, das Vermögen des Metallarbeiter-Verbandes aber groß ist, so war von vornherein unsere Organisation zu getroffen, daß der Streit viele Monate dauern kann. Der gewünschte Zeitpunkt dieses den Fabrikanten um so mehr, als mit jedem Tage, den der Streit jetzt noch länger dauert, das Interesse an einer baldigen Beendigung geringer wird.

Der letzte Absatz der angenommenen Resolution steht in auffallendem Widerspruch zu dem in Unternehmerkreisen verbreiteten Gerücht, daß „der Metallarbeiter-Verband schon in der letzten Woche die fällige Unterfertigung nicht habe zahlen können und zum 1. November die Arbeiter ihr blaues Wunder erleben könnten.“ Wie es mit dem blauen Wunder stand, mußten denn auch die Arbeiter nur zu bald erfahren. Erhielten sie doch mehr Unterstützung als wir sonst, denn von der Verwaltung war in Anbetracht des Miettermins noch ein Ertragszuschuß ausgekehrt worden. Daß diese Erleichterung auch den Unternehmern unerwartet kam, beweist die Tatsache, daß im Laufe der Woche vom 2. bis

7. November verschiedene Unternehmer Kommissionen ihrer Arbeiter empfangen und sie fragten, was nun eigentlich werden sollte.

Diese in nicht missverständlicher Absicht inszenierten Unterhaltungen erfüllten zwar nicht ihren Zweck, verrieten aber doch, daß den Unternehmern mehr als nur die Aufträge für nächstes Jahr an Herzen lagen.

Die in nicht missverständlicher Absicht inszenierten Unterhaltungen erfüllten zwar nicht ihren Zweck, verrieten aber doch, daß den Unternehmern mehr als nur die Aufträge für nächstes Jahr an Herzen lagen.

Den Unternehmern nahegehende bürgerliche Sozialpolitiker geben sich die eifrigste Mühe, die für jene unhaltbare Position zu verbessern. Einigungsversuche, Warnungen u. ergehen an die Unternehmer, die selbst nur mit Aufwand aller Autorität seitens ihrer Organisation an dem ablehnenden Standpunkt festgehalten werden können.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

In Gemäßheit des § 4 Abs. 3 des Verbandstatuts wird den nachstehend angeführten Verwaltungsstellen beziehungsweise Einzelmitgliedern der Hauptkassette die Erhebung eines Ertragsbeitrags gestattet und dies den in Betracht kommenden Mitgliedern hierdurch zur Kenntnis gebracht mit dem Bemerkten, daß die Nichtbezahlung der Ertragsbeiträge Sanktionen nach sich ziehen kann.

Der Verwaltungsstelle in Kalk bei Köln a. Rh. die Erhebung einer monatlichen Ertragssteuer von 10 Pf. pro Mitglied.

Ausgeschlossen aus dem Verband werden nach § 3, Abs. 3a, des Statuts:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Dortmund: der Schlosser Karl Reitzel, geb. am 9. August 1871 zu Burslem, Bach-Str. 52/53, wegen widerrechtlicher Aneignung von Verbandseigentum.

Nicht wieder aufgenommen werden dürfen: Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Neu-Jenaburg: der Emailleler Karl Lojch, geb. am 10. Juni 1872 zu Benthelm, wegen Schädigung des Verbandes.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Düsseldorf: der Plattenarbeiter Karl Richter, geb. am 2. September 1875 zu Lohr, wegen unkollegialen Verhaltens.

Der Klempner Wilhelm Wegewitz, geb. am 2. September 1852 zu Gumburg wird ersucht, umgehend seine Adresse an den Vorstand gelangen zu lassen. Es handelt sich um eine Forderung in einer Verbandssache.

Für die Verwaltungsstelle St. Johann-Saarbrücken (Saar-revier) soll ein

bejoldeter Geschäftsführer

angestellt werden. Der Anfangsgehalt beträgt 140 Mark monatlich und wird diese Stelle hiermit zur allgemeinen Bewerbung ausgeschrieben. Die Bewerber müssen in schriftlichen Arbeiten bewandert sein, über die nötigen Kenntnisse besonders im Rechnungswesen verfügen und in Differenzfällen mit den betreffenden Unternehmern verhandeln können.

Da es sich hierbei um die planmäßige agitatorische Bearbeitung eines großen Industriegebietes handelt, muß sich der betreffende Geschäftsführer allen bei der Agitation und Geschäftsführung vorkommenden Arbeiten unterziehen, mindestens so lange bis ein tüchtiger Stamm Mitglieder herangebildet ist und diese zur Mitarbeit herangezogen werden können.

Als Termin für die Einreichung eventueller Bewerbungen wird der 19. November 1903 festgesetzt. Die Kostlosen, die gesonnen sind, sich um diesen Posten zu bewerben, werden ersucht, ihre Bewerbungsschrift so zeitig abzugeben, daß sie bis spätestens den 19. November mittags in unseren Händen ist. Aus der Bewerbungsschrift muß das Alter, die Dauer der Verbandszugehörigkeit, der Beruf und die seitherige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung ersichtlich sein.

Alle für den Verband bestimmten Geldsummen sind nur an Theodor Werner, Stuttgart, Börsenstraße 16b zu richten, und ist auf dem Postabschnitt genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt ist.

Mit kollegialem Gruß

Der Vorstand.

Quittung

über die vom 1. bis 31. Oktober 1903 bei der Hauptkassette eingegangenen Verbandsgelder.

- Don: Albrecht's Mt. 224,36. Altenburg 800. Altona, Former 249,18. Altdorf 80. Althoff 340. Apolda 120. Arnstadt 44. Astersleben 200. Aue 515,90. Auerbach 35,80. Augsburg 800. Utern 90. Baden-Baden 137,10. Barmen 3000. Bergedorf 240. Bernburg 150. Bielefeld 2400. Bitterfeld 128,60. Blankenburg 96,26. Braunschweig 2200. Bremen, Goldarbeiter 950. Bremerhaven 1000. Breslau: Alig. 1300, Klempner 400. Brieg 150. Bromberg 100. Brunsbüttelhaven 52,92. Bünde 34. Burg 330. Bürgel 100. Burgstädt 503,56. Chemnitz 2400. Cuxhaven 150. Darmstadt 250. Dessau 400. Detmold 55. Döbeln 200. Dortmund: Alig. 1000, Klempner 112,04. Dohleim 152,50. Dresden 5. Duisburg 300. Durlach 920. Düsseldorf 1600. Ebersbach 305. Eberstadt 151. Eberswalde 516,27. Edigheim 142,40. Eilenburg 100. Eisenach 350. Eichenberg 90,18. Elbing: Alig. 195, Former 109. Eilberwerda 200. Emden 102,10. Emmendingen 160,46. Erfurt: Alig. 800, Klempner 200. Espingien 506. Fachsenheim 150. Feuerbach 100. Finsterwalde 100. Flensburg: Alig. 500, Former 400,40. Forst i. L. 400. Frankfurt 805,06. Frankfurt a. M. 4000. Freiberg 50. Freiburg i. S. 483,50. Freiburg i. Schl. 120. Fürth 1000. Furthwangen 216,60. Gagganau 100. Gassen 220. Gebweiler 61,30. Gesehacht 132,50. Gelsenkirchen 400. Geramühle 6,70. Geroldsbach 600. Glauchau 359,28. Glogau 125. Gmund 750. Goldlauter 200. Golzern 99. Göttingen 600. Gröblich 100. Gotha 660. Greiz 150. Griesheim 241,16. Groitzsch 440. Großschönau 347,60. Gröna 497,40. Guben 212. Gustausburg 50,91. Güstrow 270. Habersleben 92,90. Hainichen 81,20. Schmäh. Gall 36,10. Halle a. S. 800. Hamburg 10000. Hameln 170. Hanau 250. Hannover: Alig. 2000, Schmiebe 988,91. Harburg 500. Harze 281. Hannover 150. Heidenheim 200. Heilbronn, Goldarbeiter 200. Heiligenhaus 300. Heinrichs 160,01. Herford 181. Hirsch 350. Hörde 90. Ilmenau 108,20. Jherlohn 500. Jauer 80. Jena: Alig. 620, Mechaniker 645,20. Kaiserlautern 300. Kalbe 100. Kall 680. Kamnitz 600. Karlsruhe 900. Kassel 67,4. Kettlerbach 84,65. Klet 1600. Kirchheim 99,12. Köln 150. Köln: Alig. 2400, Former 246,96. Köln-Poll 120. Königshausen 940. Königshütte 120. Köstlin 250. Köthen 400. Krefeld 142,94. Kronenberg, Schleifer 569,90. Krossen 100. Kamm 36,09. Kärntin 100. Kammerspiel 121,94. Langen 164,40. Langenberg 74,60. Lauf 30. Leer 100. Leipzig 9100. Leisnig 100. Limbach 150. Linden 1800. Lobau 117,68. Lohr 550. Löhne 100. Lübeck: Alig. 1400, Former 215,84. Suchenwalde 300. Lüdenfisch 300. Ludwigsburg 201,70. Ludwigschafen 300. Lugau 100. Mainz 1600. Mannheim 1300. Marktandorf 367,06. Meerane 237,09. Meissen 400. Merseburg 150. Mettmann 40. Mez 134,80. Mellingen 168,32. Meuselwitz 300. Mittweida 100. Mügeldorf 250,22. Mügeln 250. Mühlheim a. M. 1889,74. Mühlheim a. Ruhr 305,45. München 4200. Mündelheim 205. Münster 150. Münster 203,20. Naumburg 100. Neisse 120. Neigsdorf 518,12. Neu-Jenaburg 254,25. Neumünster 200. Neu-Rappin 175. Neusäß a. O. 58,15. Neustadt a. Hardt 223,59. Neustadt a. Orla 100. Neustadt i. S. 163. Niedersiedlich 100. Nordenhain. Namames 200. Nürnberg: Feingoldschläger 3400, Flachner 500, Reißgermacher 1160,97, Schmiede 600. Oberdorf 318,17. Ober-Jöhlema 149,76. Oberstein 200. Oberursel 90. Oberan 126,68. Offenbach 100. Ogersheim 200. Oeppla 29,30. Oßersleben 50. Osterholz 100. Pögnitz 35,14. Penig 234,20. Pflanzlad 100. Pinnberg 26,60. Pirnaisens 67,74. Pöppel 30. Potsdam 125. Pries 500. Queblinburg 20. Radeberg 139,30. Rade v. Wald 135. Raguhn 140. Rathenow 700. Ratibor 99,20. Ratingen 300. Regensburg 250. Reichenheim 400. Reichenhall 40,80. Reimscheid 799,65. Reinsburg 300. Reutlingen 350. Rheindt 225. Riesa 200. Rospau 150. Rhodolstadt 90. Ruhla 517,84. Saalfeld 600. Sangerhausen 250. Siegmara 462. Sigen 242,84. Soest 36,50. Solingen 1600. Sömmerda 3,90. Sprendlingen 195. Siegen 79,67. Schwäbische 730. Schmalkalden 20. Schmiedeberg 111. Schmölln 170. Schönebeck 200. Schwabach 100. Schwabach: Aluminiumschläger 400. Vöckler 371,30. Schweidnitz 250. Schwelm 200. Sch. erin 50. Staßfurt 322,74. Stettin 1800. Stodum 421,43. Straßburg 200. Striepen 27,30. Stuttgart 1500. Tönning 600. Torgelow 200. Tröberg 175. Trossingen 113,90. Tullingen 100. Ulm 16,20. Urberach 330,78. Usterzen 69,60. Varel 40. Vegehof 600. Vetschau 180. Viersen 33,30. Völk 100. Weimar 250. Weimar 250. Weihenau 280,20. Weisenfels 200. Weiden 150. Weiden 180. Wiesbaden: Alig. 600, Klempner 250. Wilhelmshagen 400. Wilhelmshaven 500. Wismar 100. Wittberg 124,10. Wittberg 90. Wolfenbüttel 137,96. Würzen 100. Zeitz 300. Zindorf 221,67. Zuffenhausen 411,30. Zweibrücken 110,40. Zwickau 750. Zwickau 50. Einzelmitglieder der Hauptkassette 630. Für Monatskassette 1903: 79,30. Für Monatskassette 1904: 53,60. Protokolle der VI. ordentlichen Generalversammlung 360,10. Protokolle des IV. deutschen Gewerkschaftskongresses 13,20. Zurückbezahlte Schuld von: F. Schumann, Berlin 2. K. Kühner, Hainichen 6. M. Heizmann, Furthwangen 22. H. Soule, Heiligenhaus 20. Schubert, Grünberg 20. R. Artl, Schweidnitz 11. Auf Listen gesammelt 410,69.

Die Verwaltungsstellen, Bevollmächtigten und sonstigen Einzelmitglieder werden hierdurch dringend gebeten, vorstehende Quittung genau zu prüfen, und etwaige Anstände sofort an uns zu berichten.

Der Vorstand.

Zur Beachtung.

Zugang ist fernzuhalten:

- von Drahtziehern nach Heiligenstadt 2.; von Drechern nach Breslau; (Maschinenbauanstalt Breslau) 2.; von Feingoldschlägern nach Dresden; nach Nürnberg (Christian Schmidt, Ober Mentengasse 12; Adam Singer, Bärenschanzstr. 20a; Hies, Fühlstr. 12; Michael Reiser, Paradiesstr.); nach Fürth (Ludwig Spiegelberger, Königswarterstr.); nach Stuttgart (Witten) 2.; von Formern und Eisengießerarbeiten nach Berlin; nach Friedland i. M. (Friedländer-Eisenwerk) 2.; nach Hildesheim (Gebr. Krupp) 2.; nach Neu-Rappin; nach Ratingen (Koch & Kellenberg) 2.;

- von Glühlampen nach Berlin St.; von Klemmern und Zinkalkalieren nach Magdeburg St.; von Metallformern, Metallbrechern, Notgießern und Metallschleifern nach Nürnberg (Walm) St.; von Metallarbeitern aller Branchen nach Berlin St.; nach Celle (Maschinenfabrik) St.; nach Legnitz (Zicma Leichert & Sohn) D.; nach Neu-Strelitz (Gebr. Maap) M.; nach Ruhla i. Thür. (Gebr. Thiel) St.; von Metalldruckern nach Berlin St.; von Metallgießern nach Nürnberg (Walm) D.; von Silberschlägern nach Schwabach (Kambacher) D.; (Sturm) St.; von Schleifern nach Neumarkt i. Oberpf.;

(Die mit St. bezeichneten Orte sind Streitgebiete, welche überhaupt zu meiden sind; v. St. heißt: Streit in Aussicht; L.: Lohnbewegung; M.: Ausperrung; D.: Differenzen; W.: Maßregelung; Wt.: Wistände; K.: Lohn- oder Störkreditation; F.: Einführung einer Arbeitsordnung.)

Aus der Metallindustrie.

Berein deutscher Werkzeugmaschinenfabriken.

In einer jüngst in Berlin abgehaltenen Ausschußsitzung des Vereins deutscher Werkzeugmaschinenfabriken wurde durch Meinungs-austausch über die Lage des Industriezweigs festgestellt, daß in den letzten Monaten der Geschäftsgang im allgemeinen ein etwas lebhafter geworden ist und die Besserung, die vor einigen Monaten von dem größeren Teile der Mitglieder verneint worden konnte, Bestand behalten und sich verallgemeinert hat. Auf Grund des starken Wettbewerbs, der zum Teile auch durch die Aufnahme des Geschäftszweiges seitens anderer Betriebe verursacht worden ist, und in Rücksicht darauf, daß der Bedarf an Werkzeugmaschinen noch nicht der erheblich gestiegenen Leistungsfähigkeit der Fabriken entspricht, bedauert aber die erzielten Preise kaum die Selbstkosten und sind sogar vielfach verlustbringend. Die, wie erwähnt, etwas stärker gewordene Nachfrage nach Werkzeugmaschinen wird die Möglichkeit zulassen, hier und da eine mäßige Besserung der Preise zu erzielen, doch ist im allgemeinen die Lage nach wie vor gedrückt, zumal einige wichtige Klassen von Werkzeugmaschinen, wie die reinen Maßwerkzeuge und der allgemeine Maschinenbau, auch noch mit unbefriedigenden Vertragsverhältnissen zu kämpfen haben. Sehr unangenehm fühlbar ist das Verlangen mancher Mittenerwerb, bei Bestellungen von Maschinen Gegenbestellungen ihrer Erzeugnisse in einem Umfang zu erhalten, der in gar keinem Verhältnis zu dem Bedarf in diesen Artikeln seitens der Werkzeugmaschinenfabriken steht. Mit der Zunahme an Verschärfung der Eisen- und Stahlwerte wird hoffentlich diese Erscheinung im Geschäft schwinden, wie auch übertriebene scharfe Sonderbedingungen mancher großer Maschinenwerke bei Änderung der geschäftlichen Verhältnisse in Vergessenheit geraten werden. Die Zahl der im Werkzeugmaschinenbau beschäftigten Arbeiter hat zwar im Laufe des Jahres sich wieder etwas vermehrt, ist aber immer noch um 25 Prozent niedriger, als zur Zeit des wirtschaftlichen Aufschwunges.

Die Deutscher Gasmotorenfabrik

ist immer ein rentables Unternehmen gewesen. Auch der Geschäftsbericht pro 1902/03 weist wieder sehr günstige Resultate auf. Der Umsatz des Wertes betrug 9 801 665 Mk. (1901/02 8 238 766), weist also ein Mehr von 1 562 899 Mk. auf. Bei reichlichen Abschreibungen von 448 620 Mk. (427 652 Mk.) verblieb ein Reingewinn von 1 724 162 Mk. (im vorigen Jahre 1 052 632 Mk.), der wie folgt verteilt wird: Überweisung an die Stillkassette 25000 Mk., Ertragsabrechnung 310 562 Mk., 7 1/2 Prozent Dividende 982 800 Mk., (604 800 Mk. = 5 Prozent) Tantiemen 186 729 Mk. (124 048 Mk.). Der Bericht bezeichnet das Ergebnis des abgelaufenen Geschäftsjahres als ein günstiges. Das Wert ist während des ganzen Berichtsjahres in allen Teilen voll beschäftigt gewesen. Die Zahl der Arbeiter ist im Laufe desselben von 2600 auf 26000 gestiegen. Das günstige Ergebnis ist sowohl der langsamem, aber stetigen Besserung der allgemeinen Geschäftslage, als besonders der Aufgabe zu verdanken, daß der Gasmotor in immer weitere Absatzgebiete Eingang findet. Namentlich die Einführung von Sauggasanlagen hat im Berichtsjahr dem Gasmotor neue Gebiete, zum Beispiel der Textil- und chemischen Industrie, eröffnet und eine äußerst rege Nachfrage nach Motoren mittlerer Größe gebracht. Die hierdurch erzielte Steigerung des Umsatzs um 1 1/2 Millionen Mark würde eine noch bedeutendere Erhöhung des Reingewinnes gebracht haben, wenn nicht die Preise durch die Unterbietungen der immer zahlreicher werdenden Konkurrenz außerordentlich gedrückt worden wären. Einen wesentlichen Fortschritt im Gasmotorenbau hat die Fabrik durch die zu Anfang des Berichtsjahres erfolgte Fertigstellung eines doppelwirkenden Viertaktmotors gemacht. Der Bericht sagt darüber, daß die Preise der Gasmotoren durch die starken Unterbietungen der Konkurrenz derart gedrückt sind, daß sie keineswegs einen angemessenen Reingewinn bringen. Die Bemühungen, eine Preisverständigung zwischen den konkurrierenden Hauptwerken herbeizuführen, sind bisher erfolglos geblieben. Die Verhandlungen haben einwweilen nur zur einer Verständigung über Preisverhältnisse und Garantiebedingungen geführt. Durch die gegenseitigen Unterbietungen sind besonders auch die Zahlungsbedingungen derart verschlechtert, daß gemeinsame Bemühungen zur Verbesserung derselben dringend wünschenswert erscheinen. In das neue Geschäftsjahr sind Motorenbestellungen im Werte von 3 000 000 Mk. gegenüber 1 700 000 Mk. im Vorjahr übernommen, so daß man mit einem Mehrbetrag an Motorenbestellungen von 1 300 000 Mk. in das neue Geschäftsjahr hinüberging. Die ersten drei Monate des neuen Geschäftsjahres brachten gegenüber dem Vorjahr Mehrbestellungen im Betrag von 650 000 Mk.; desgleichen erhöhten sich die Fakturierungen um 1 100 000 Mk., so daß die Ausichten für das neue Geschäftsjahr als günstig bezeichnet werden können.

Günstige Ausichten.

Nach dem Geschäftsbericht der Hannoverischen Maschinenbau-Actiengesellschaft normalis Egehorff in Linden belaufen sich die in das neue Geschäftsjahr übernommenen und bis Ende Oktober anzugelassenen Bestellungen auf rund Mark 9 Millionen. Der verfügbare Bestand an Aufträgen sichere der Gesellschaft in der Abteilung Lokomotivbau volle Beschäftigung bis in das letzte Viertel des laufenden Geschäftsjahres, sodas sie zusätzlich eines großen Auftrags an Lokomotiven, den sie demnachst von der Preussischen Eisenbahnverwaltung zu erhalten hoffe, bis in das kommende Geschäftsjahr hinein mit Arbeit versehen sein werde. Die Verwaltung erhofft daher auch für das laufende Geschäftsjahr ein zufriedenstellendes Resultat, umsomehr, wenn, wie es den Anschein habe, die allgemeine Geschäftslage sich weiter günstig entwickle. Nach Abschreibungen von Mark 500 000 (wie i. V.), bleiben als Reingewinn Mark 1 267 617 (Mark 1 263 248), woraus 20 Prozent Dividende (wie i. V.) verteilt werden.

Korrespondenzen.

Feilenhauer.

Nürnberg. An die Feilenhauer Deutschlands. Kollegen, wir geben hiermit nochmals bekannt, daß bis 15. dieses Monats die Fragestellung betreffs eurer Stellung zur Frage einer Tarifgemeinschaft an unserem Bureau, Nürnberg, Zuschrift 29, 1, abgeliefert sein müssen. Ferner teilen wir euch mit, daß die Kommission beschloffen hat, alle Verwaltungsstellen, die den Fragezetteln unbeantwortet lassen, in der Metallarbeiterzeitung zu veröffentlichen. Im Auftrag der Kommission: G. Kößing.

Former.

Sollar. Die Main-Weiser-Hütte, Aktiengesellschaft, sucht eingen Boden in auswartigen Blättern tüchtige Former. Um unsere Kollegen davor zu bewahren, auf ein solches Arbeitsanbot

hereinfallen, fühle ich mich veranlaßt, einiges aus den idyllischen Zuständen auf diesem Werke zu veröffentlichen. Die Inzertate um Arbeitskräfte sind verursacht zum Teil durch vermehrte Arbeitsaufträge, zum Teil aber auch — und das ist für uns das wichtigste — durch den Umstand, daß der jetzt vor der Tür liegende Winter wieder zu ganz horrenden Lohn- und Akkordabzügen benützt werden soll. Und da will man die ausgeworbenen Arbeitskräfte gegen die mit Abzug bedachten Kollegen auspielen. Ein Teil der Löhne ist ja auch bereits erfolgt und läßt erkennen, daß die Herren auf Ganze gehen. Für einen Artikel (Ballonträger), für den früher 4 Mark bezahlt wurden, werden jetzt nur noch 3 Mark bezahlt. Die Herde, die bisher mit 8 Mark bezahlt wurden (Main-Weber Herd Nr. 5), sollen jetzt für 7 Mark, andere (Nr. 2) für 4 Mark statt 4 Mark 80 Pfennig gemacht werden. Backofentüren wurden pro 100 Kilo früher mit 6 Mark 30 Pfennig bezahlt, jetzt gibt es 5 Mark; Balkongeländer früher 4 Mark, jetzt 3 Mark 50 Pfennig. So ließe sich noch eine ganze Reihe von Artikeln anführen, für die die Akkordpreise erheblich herabgesetzt wurden. Den Arbeitern wird nicht einmal immer gesagt, wie viel abgezogen wird. In Bezug auf Maschinenmängel wurde mitgeteilt, es gibt nicht mehr den Akkordfuß wie früher; die herabgesetzten Preise e. führen die Arbeiter erst am Tage der Abrechnung. Die Lohnverhältnisse sind außerordentlich kaurige, der Verdienst sehr gering und auch die Behandlung der Arbeiter seitens einzelner Meister wie seitens der Werkleitung läßt sehr viel zu wünschen übrig. Was in dieser Beziehung in der Main-Weber-Hütte geleistet wird, spottet oft jeder Beschreibung. Nur ein Beispiel für viele: Einer Abteilung (Radiatorenformer, meist unorganisierte Leute) ist für den Fall, daß sie nicht pro Tag ein Penium von 40 Kasten fertig stellen, mit einer Strafe von 3 Mk. gedroht worden. Bis jetzt war es nur im Zuchtstube üblich, ein bestimmtes Penium vorzuschieben. Auch in anderer Beziehung herrschen bellagener Zustände. So hat das Unwesen der Überstunden und Sonntagarbeit in einem solchen Maße zugenommen, daß ein Arbeiter manchmal in zwei Tagen seine Familie nicht zu sehen bekommt! Es ist vorgekommen, daß, als nach beendeter Schicht die Arbeiter ihren Rock anzogen, ihnen Meister Wittendorf den Befehl erteilte: „March, ausgezogen, es wird weitergearbeitet.“ Für einen Fabrikinspektor wäre das Werk auch eine Fundgrube von Mißständen in familiärer Beziehung. Ist bei entsprechender Windrichtung das ganze Vollar in Rauch und Gestank eingehüllt, so ist es auf dem Werke selbst natürlich umso schlimmer. In der alten Gießerei steht zum Beispiel ein Trockenschornstein, der entgegen aller Vorschrift nicht dicht ist. Der beiseite fließende Rauch der Ölförne entweicht aus ihm mit den Gasen in die Gießerei, so daß es nach der Versicherung der dort tätigen Kollegen oft nicht zum Aushalten ist. — Wiederholt sind die Kollegen vorstellig geworden mit der Bitte um Verlegen des Wasserbehälters in die Gießerei; jedoch bis heute ist dies noch nicht geschehen. Die Forner müssen sich nach dem Gießen, durch und durch nachgeschwitzt, ihr Wasser außerhalb holen, was begreiflicher Weise im Winter sehr gesundheitsgefährlich ist. — Noch vieles wäre anzuführen, doch gibt sich vielleicht ein andermal Gelegenheit dazu. Es mag vorliegendes genügen, um den Kollegen zu zeigen, was für ein Eldorado die Main-Weber-Hütte in Vollar ist. Da in den letzten zwei Jahren die Organisation am Orte sich etwas gefügt hat, so wollen die dortigen Kollegen sich diese Mißstände nicht mehr länger gefallen lassen und ist es daher nicht ausgeschlossen, daß es dieser Tage zu ernstlichen Differenzen kommt. Auch aus diesem Grunde ersuche ich unsere Verbandsmitglieder vorläufig Bezug von Vollar fernzuhalten.

Der Bezirksleiter: Fritz Ehler.

Gold- und Silberarbeiter.

Wörzheim. Wohl kein Industriezweig innerhalb der Metallverarbeitung dürfte solche anarchische Zustände aufweisen, wie es die Verhältnisse in den Wörzheimer Gold- und Silberwarenfabriken sind. Kein Wunder deshalb, daß das Gewerbegericht jeden Sitzungstag eine ziemliche Anzahl von Streitfällen zu erledigen hat. Dem Besucher dieser Gerichtstage wird sofort auffallen, daß die Unkenntnis der Gesetzesbestimmungen seitens der Unternehmer und das Vorhandensein von Fabrikordnungen, die den Anforderungen des Gesetzes nicht entsprechen, keine Seltenheiten sind. Es wäre in der Tat interessant, die verschiedenen Fabrikordnungen zusammenzustellen und zu revidieren. Doch nicht alle Schuld ist den Unternehmern zuzuschreiben. Sicher ist, daß an dieser planlosen Arbeitszeit, die gerade jetzt in allen Fabriken herrscht, ein gut Teil Schuld die Arbeiter und Arbeiterinnen trifft. Wir wollen nicht verkennen, daß jetzt die Hochsaison ist, aber das müssen wir betämpfen, daß die Überzeitarbeit zu einer ständigen Einrichtung gemacht wird. In den meisten Fabriken wird jetzt bis 9 Uhr gearbeitet, daß aber auch bis 10 und 11 Uhr gearbeitet wird, ist keine Seltenheit. Und in wenigen Wochen können die Arbeiter, wenn sie nicht ganz entlassen werden, 2 bis 3 Tage die Woche aussetzen. Und dies Spiel wiederholt sich Jahr für Jahr, ohne daß die Unternehmer oder die Arbeiter irgend etwas dagegen tun. Daß die Unternehmer nichts dagegen tun, kann uns nicht wundernehmen, denn sie haben ja den Vorteil davon. Sie beschäftigen weniger Arbeiter und üben den einzelnen Maß besser aus. Über die Arbeiter müßten unserer Ansicht nach zusammenzusehen, um wenigstens die größten Unwägigkeiten zu beseitigen. Die Unternehmer, die angeblich unter der Konkurrenz so viel zu leiden haben, sind nicht einmal imstande, die Schmutzkonkurrenz zu beseitigen, noch viel weniger sind sie fähig, eine Regelung der Arbeitszeit herbeizuführen. Aber: eine gut organisierte Arbeiterschaft kann den anarchischen Zuständen einen Damm entgegenzusetzen. Die Unternehmer müssen einsehen lernen, daß eine Arbeiterschaft, die auf regelmäßige Arbeitszeit und auf menschenwürdige Löhne hält, es ist, die allein imstande ist, die Schmutzkonkurrenz zu beseitigen. Die Nachteile dieser planlosen Arbeitszeit für die Arbeiter und Arbeiterinnen kommt am besten zum Ausdruck in dem Bericht der Ortskrankenkasse. Von 21282 Mitgliedern, davon (9018 männliche und 11664 weibliche) besuchten das Ambulatorium 2917 Personen neben 611 erwerbsunfähigen Mitgliedern. Und wenn wir darauf hinweisen, wie viele Arbeiter und Arbeiterinnen ihr Augenlicht durch das lange Arbeiten bei Licht schwächen und dann in den besten Jahren nicht mehr im Besitz ihrer vollen Arbeitskraft sind, so glauben wir wohl beweisen zu haben, wie notwendig ein engerer Zusammenschluß der Arbeiter ist, um bessere Verhältnisse zu schaffen. Wir sind uns wohl bewußt, daß unter den Arbeitern und Arbeiterinnen eine Anzahl vorhanden sind, die sich dieser Zustände freuen oder doch mindestens dagegen nichts unternehmen, aber die sind es ja gerade, die wir nun aufklären müssen. Auch die Kollegen, die uns schon lange angehören, müssen sich lebhafter an dem Verbandsleben beteiligen, sie müssen die Mitgliederversammlungen besuchen; mit einem Wort: sie müssen ganze Gewerkschaftler werden. Tun sie das, dann unterstützen sie die Ortsverwaltung, die jetzt durch die Anstellung eines Geschäftsführers gestärkt ist. Dann ist aber auch die Zeit nicht fern, wo geübtere Verhältnisse in Wörzheim Einkehr halten werden. Also, Kollegen und Kolleginnen, auf zur Arbeit! Die Fernstehenden aufklären, zur Organisation führen! Der Erfolg bleibt dann nicht aus.

Metallarbeiter.

Berlin. (Bandagisten.) Durch die fortwährende Schleuderkonkurrenz auswärtiger Fabrikanten haben sich die Berliner Kollegen gezwungen, einmal energisch dagegen Stellung zu nehmen. Im Jahre 1901 hatten die Berliner Kollegen einen Tarif mit nachfolgenden Punkten zur Durchführung gebracht. Es wurde bei neunständiger Arbeitszeit ein Minimallohn von 45 Pf. pro Stunde für alle verlangt, die schon ein Jahr als Gehilfe gearbeitet haben. Die die zurzeit schon 45 Pf. Stundenlohn haben, erhalten einen entsprechenden Zuschlag. Überstunden werden mit einem Zuschlag von 25 Prozent bezahlt. Dieser Tarif wurde mit Ausnahme eines Betriebs ohne Arbeitsniederlegung zur Durchführung gebracht. Seit mehr als einem Jahrzehnt haben die Bandagisten auch einen Zentralarbeitsnachweis. Unter Umgehung dieses Nachweises ist es verschiedenen Fabrikanten gelungen, Arbeitskräfte von auswärts unter dem Tarif anzustellen, so daß dadurch der Tarif von einzelnen Fa-

brikanten durchbrochen wurde. Leider aber wird auch von den auswärtigen Kollegen dieser Arbeitsnachweis oftmals umgangen. Eine vor einiger Zeit abgehaltene Bandagistenversammlung beschäftigte sich mit diesen Verhältnissen. Das einleitende Referat über den Tarif von 1901 zeitigte eine Diskussion, in der festgestellt wurde, daß noch in zwei Betrieben länger als neun Stunden gearbeitet und in zirka vier Betrieben der tarifmäßige Lohn nicht bezahlt wird. Es wurde eine Resolution angenommen, die auswärtigen Kollegen darauf aufmerksam zu machen, daß sie bei Stellenwechsel immer nur den Zentralarbeitsnachweis, der sich in den Händen des Kollegen Joseph Weistner, Berlin N., Tresekwitz 52, befindet, in Anspruch zu nehmen haben. Des weiteren wurde der Wunsch ausgedrückt, daß die auswärtigen mit den Berliner Kollegen in Verbindung treten, um mit der Zeit den Tarif auch in anderen Städten einführen zu können. Da auch jetzt schon Kollegen zu tariflichen Bedingungen nach auswärts vermittelt werden, würde es uns ein Leichtes sein, wenn die Kollegen das genügende Interesse an der Sache haben, diese unsere Bestrebungen zu verwirklichen.

Niederschlesien (Sachsen). Am 2. November fand in der Goldenen Krone in Klein-Zschachwitz eine öffentliche, gut besuchte Metallarbeiterversammlung statt. Kollege Haack referierte über: „Was lehren uns die Massenauflösungen von Industriearbeitern in der letzten Zeit?“ Der reiche Beifall am Schluß seiner zirka einstündigen Ausführungen bewies, daß er sich seiner Aufgabe vorzüglich entledigt hatte. Nachdem einige Kollegen diese Ausführungen ergänzt, berichtete Kollege Gans über Mißstände in hiesigen Betrieben. Bei Stelle & Hildebrand in Grob-Zuga sind zwar auf Vorforderung hin verschiedene Mißstände abgestellt worden, doch ist es vor kurzem vorgekommen, daß infolge vorzeitigen Vichtauslöschens am Schluß der Arbeit ein Kollege im Dunst über einen Träger gestürzt ist und dabei den Arm gebrochen hat. Bei Hönisch & Co., wo schon im vorigen Jahre eine Menge Mißstände aufgedeckt wurden, ist auch nach dem Besuch des Gewerbeinspektors alles beim alten geblieben. Die Arbeiter haben aber leider nicht die Lehre daraus gezogen, ihre Organisation zu stärken. Am trassigsten ist es bei Städtig & Meißel, Armaturenfabrik in Niederschlesien. Bei dieser Firma sind unter zirka 50 Beschäftigten zirka 20 Lehrlinge und Arbeitsburschen; der Meister Nobst ist ein sehr schlagfertiger Herr. So hat er kürzlich einen jetzt abgereihten Kollegen geohrfeigt und zwischen die im Gange befindlichen Drehbänke geworfen. Die Arbeiter wurden daraufhin beim Chef vorstellig, wo ihnen fernertin menschliche Behandlung zugesichert wurde; aber der eine Kollege vom Arbeiterausschuß, der hauptsächlich die Ausdrücke des Meisters Nobst vortrug, wurde am Sonnabend ohne Angabe von Gründen entlassen, trotzdem er laut Zeugnis stets zur Zufriedenheit gearbeitet hat. Wie man sich auf die Ausübung der Lehrlinge verhält, beweist der Umstand, daß diese noch eine halbe Stunde nach Feierabend arbeiten müssen, um die ihnen durch die Gewerbeordnung gewährte halbe Stunde Vesperzeit wieder herauszuschinden und so die zehn Stunden voll zu machen. Dazu kommen dann die Ausdrücke des Meisters Nobst, wie zum Beispiel: „Sund, ich schlage dich tot und wenn ich zehn Jahre Zuchthaus frage!“ Gewiß eine feine Erziehungsmethode! Auch Kosenamen wie: „Herr Banke“, „Lauferjungen“, „verfluchte Bucht“, gebraucht dieser Herr Nobst während er durch die Werkstatt läuft, so daß man nicht einmal genau weiß, wer eigentlich genannt sein soll. Ferner ist in der Schmiede die Schleifmaschine angebracht, dadurch entsteht ein beräuhigter Staub, daß es oft nicht zum Aushalten ist. Der Raum ist viel zu klein. Zudem ist die Metallbearbeitung vor der Schmiede, so daß, wenn die Gase und Dämpfe bei eventueller Lüftung in die Schmiede eindringen, die Arbeiter neben Staub und Schmutz auch noch diese höchst schädlichen Gase einatmen müssen. Es wäre an der Zeit, daß sich der Gewerbeinspektor einmal diesen Betrieb etwas näher anfähe. Auf Vorforderungen beim Chef sind zwar Veränderungen versprochen worden, doch ist bis jetzt noch nichts geschehen. Die Firmen Deube in Leuben sowie Kunze in Zschachwitz zeichnen sich namentlich durch niedrige Löhne aus. Beim Sachverwert sind drei alte Arbeiter bei der Übernahme nicht übernommen worden, ob man nun genützt hat, daß dies gerade organisierte Kollegen waren, konnte nicht festgestellt werden. Kollege Haack sowie verschiedene Kollegen, die noch Mißstände zur Sprache brachten, waren der Ansicht, daß die angeführten gewiß doch nur eine kleine Zahl von den Mißständen seien, die sonst noch existieren. So ist namentlich bezüglich der Ventilation und der Aborte in fast allen Betrieben noch sehr viel zu tun, doch dies kostet den Unternehmern Geld und da können sich die Arbeiter lieber die Schwindbüchse f. u. Nachdem noch ein Kollege über die Fabrikinspektion sich auslassen, schloß der Vorsitzende die Versammlung mit der Aufforderung zum Beitritt in die Organisation und späteren Zusammenhalt.

Rundschau.

Bauernbündler Schrempf als „regelrechter“ Arbeitervertreter.

Zu dem großen Lantam des „ersten“ deutschen Arbeiterkongresses in Frankfurt a. M. sollten bekanntlich nur Arbeiter oder aus dem Arbeiterstande hervorgegangene Gewerkschaftsbeamte zugelassen werden. So wurde wenigstens hochtönend verhandelt. Man fand am 5. November in Stuttgart eine Versammlung der christlichen Gewerkschaften und des katholischen Arbeitervereins statt, in der Herr Neumayer aus München über diesen Kongreß Bericht erstattete. In dieser Versammlung produzierte sich unter anderem der frühere Reichstagsabgeordnete, der „große“ Bauernbündler, Redakteur der Deutschen Reichspost und 7 Mt.-Zöchner, Herr Schrempf, der bei der letzten Reichstagswahl so glanzvoll durchgefallen ist. In seiner sonst sehr inhaltstosen Rede interviess er uns hier nur eins, nämlich daß Herr Schrempf als „regelrechter“ Vertreter des evangelischen Arbeitervereins kanzlirt“ an dem Frankfurter Kongreß teilgenommen hat. Herr Schrempf ist jedenfalls ein recht merkwürdiger „Arbeitervertreter“. Sollte Herr Schrempf etwa auch der Veranstalter des an den Kongreß gerichteten Begrüßungstelegramms des Bundes der Landwirte sein? Das ergäbe eine interessante Seelenverwandtschaft, die die Frage rechtfertigt, wie viele solcher „Arbeiter“-vertreter wohl sonst noch an diesem Kongreß teilgenommen haben.

Wohl ein Nachspiel zur Fierlohn-Auflösung.

Am 31. Oktober hatte sich der Arbeitersekretär S. Limberg-Fierlohn, der Gewerkschaftsbeamte Fr. Steinkamp-Lüdenscheid und der Druckerei-Eigentümer W. Grünrod-Hohenlindburg wegen öffentlicher Beleidigung des katholischen Volksschullehrers Engelmann-Fierlohn vor der I. Strafkammer des Landgerichts in Hagen zu verantworten. Infrimmiert war der den Angeklagten zugehörte Artikel „Christliche Bundesgenossen“ im Nr. 25 des früheren Gewerkschaftsblattes „Der Industriearbeiter“ vom 24. Juni 1903 wegen Vergehen gegen §§ 47, 165, 196, 200 des Strafgesetzbuches und § 20 des Pressegesetzes. Die Verteidigung der Angeklagten lag in Händen des Rechtsanwalts Dr. Viktor Niemeyer-Gifen. Nach Erledigung der prozessualen Formalitäten und dem Verlesen des infrimmierten Artikels wurde vom Verteidiger der Antrag auf Vorlesung der Engelmannschen Tendenzbrochüre über den Fierlohnstreik gestellt, weil die Angeklagten übereinstimmend erklärten, daß lediglich in den über alles Maß berechtigter Kritik weit hinausgehenden Beleidigungen und Verdächtigungen der Streikleitungen durch den katholischen Volksschullehrer Engelmann zu der zwar scharfen, aber berechtigten Kritik im „Industriearbeiter“ zu erblicken sei. Der Gerichtshof entsprach dem Verlangen insoweit, als er soweit die markantesten und von offenbar beleidigender Absicht gegen die Streikleitung zeugenden Kapitel jener Brochüre zur Verlesung zuließ. Bei der Vernehmung der Angeklagten und der weiteren Beweisaufnahme erklärte Sekretär Limberg, den Artikel „Christliche Bundesgenossen“ weder verfaßt, noch die betreffende Nummer des Blattes redigiert zu haben; nur aus Versehen sei sein Name als verantwortlicher Redakteur nicht ausgewechselt worden. Die Zeugen Otto Müller und Richter, beide aus Fierlohn, bekundeten unter Eid die Wahrheit dieser Aussage. Da aber trotz dieses Strafausschließungsgrundes die Anklage gegen ihn nicht nicht fallen gelassen wurde, sprach sich Limberg ganz im Sinne der geschehenen Zurückweisung

der Engelmannschen Angriffe auf die Streikleitung aus und gab in aller Kürze sachlichen Aufschluß über die durchaus parteipolitische Tendenz der Engelmannschen Schrift. Angeklagter Steinkamp bekannte sich als Verfasser des Artikels und machte zu seiner Rechtfertigung geltend, daß er als angeleiteter Gewerkschaftsbeamter außer berechtigter Wahrnehmung der Interessen der Streikleitung sich auch wegen der ihm persönlich von Engelmann zugefügten Kränkungen, die jeder Grimblage entbehren, zu einer auch in der allerhöchsten Form gehaltenen Erwiderung verpflichtet gefühlt habe. Grünrod kam eigentlich nur als Drucker in Frage, obwohl er den Steinkampschen Artikel vor seiner Drucklegung durchgesehen hatte; weil ihn aber die Anklage entgegen dem Pressegebrauch als Mittäter verantwortlich machte, fühlte er sich gedrungen, als derzeitiger Vorsitzender der Kr.-S.-G., der die wirtschaftlichen Interessen der gewerkschaftlichen Organisation wahrzunehmen hat, den Schutz des § 193 (Wahrung berechtigter Interessen) auch für seine Person voll in Anspruch zu nehmen und zu betonen, daß die Brochüre Engelmanns von grundsätzlich falschen Voraussetzungen ausgehe und deshalb zu konfret falschen Schlüssen führe, deren beleidigende Absicht gegen die Arbeiterführer nur durch das aktuellste Kampfmittel, die Presse, durchkreuzt und unschädlich gemacht werden konnte. Hoffentlich erkenne das Gericht Steinkamp und ihm ausdrücklich das Recht der Retorsion zu und lasse wegen der auf beiden Seiten gefallenen Schärpen Kompensation eintreten.

Staatsanwalt Cuny hielt trotzdem die ganze Schwere der öffentlichen Anklage gegen Steinkamp und Grünrod aufrecht und beantragte nur gegen Limberg, obwohl er grob fahrlässig gehandelt habe, die Freisprechung. Wenn eine Beleidigung des Lehrers Engelmann auch nur aus der Form des infrimmierten Artikels gefolgert werden könne, so müßte nach Lage der Sache und bei den Vorstrafen der Angeklagten Steinkamp und Grünrod doch auf eine exemplarische Bestrafung bestanden werden; er beantragte daher gegen ersteren einen Monat Gefängnis, gegen letzteren 300 Mk. Geldstrafe.

Rechtsanwalt Dr. Niemeyer ging in glänzender Pleidoyer mit guten juristischen Gründen der Anklage zu Leibe und nannte die Engelmannsche Brochüre eine Schmähschrift, die inhaltlich und formell ein solches Maß an tendenziös entstellten Tatsachen und beabsichtigten Ehrenkränkungen gegen die Streikleitung und speziell gegen die Engelmannen enthalte, daß wohl eine noch schärfere Abfertigung nicht verwunderlich gewesen wäre. Unter Zubilligung des selbstverständlichen Rechtes der Wahrnehmung berechtigter Interessen möge der Gerichtshof die formell etwa zu beanstandenden Ausdrücke mit denen der Engelmannschen Brochüre kompensieren und, falls wider erwarten auf Schuldig erkannt werde, auf jeden Fall von einer Freiheitsstrafe Abstand nehmen und auf eine recht niedrige Geldstrafe erkennen.

Lehrer Engelmann schloß sich als Nebenkläger dem Antrag des Staatsanwaltes an und versuchte dann, sich der bemestkräftigen Ausführungen der Verteidigung in so ungeschickter Weise zu erwehren, daß es nur noch nötig war, darauf hinzuweisen, wie dem katholischen Lehrer Engelmann aber auch jede Legitimation und ethische Berechtigung gefehlt habe, nach Beendigung des Miesentampes in Fierlohn mit seiner in Laubenden von Exemplaren verbreiteten Tendenzbrochüre noch in der Arbeiterchaft selbst wieder böses Blut heraufzubeschwören und dem Geiste des Hasses und der Erbitterung neue Nahrung zuzutragen.

Nach eingehender Beratung, in der das Fünfrichterkollegium anscheinend nicht so bald zum Beschluß kam, lautete das Urteil des Gerichts gegen Limberg aus dem oben angegebenen Strafausschließungsgrund auf Freisprechung, gegen Steinkamp und Grünrod unter Verlegung einer Kompensation mit den Vorfällen in der Engelmannschen Brochüre, die kaum in Betracht käme (!), auf je 300 Mk. Geldstrafe, Tragung der Kosten und Publikationsbefugnis. Das jahrelang verfallene Publikum im Fierlohnraum, worunter auch bekannte Vertreter der christlich-sozialen und ultramontanen Richtung waren, nahm den Urteilspruch mit Enttäuschung entgegen, da man nach dem ganzen Eindruck der Verhandlung viel eher auf Freisprechung gerechnet hatte. Ubrigens wird Revision eingelegt werden.

Verstoß gegen die guten Sitten.

Eine wichtige Entscheidung hat das Gewerbegericht Kaiserslautern am 23. Oktober gefällt. Eine Buchdruckerei hatte in ihrer Arbeitsordnung den Passus aufgenommen, daß Gehilfen, die dem Verband Deutscher Buchdrucker angehören, nicht in ihrem Geschäft aufgenommen werden, daß weiter ihre fortwährende Entlassung erfolgen könne, wenn sie insgeheim dem Verband beitreten. Unter diesen Bedingungen wurde ein Gehilfe eingestellt, der am 28. August kündigte. An diesem Tage erfuhr auch der Prinzipal, daß der Arbeiter Verbändler sei, weswegen er ihn sofort ohne Entschädigung entließ. Das angerufene Gewerbegericht entschied, daß jene Bestimmungen nach § 138 des Bürgerlichen Gesetzbuches ungültig seien, weil sie den guten Sitten widersprächen und verurteilte den Beklagten zur Leistung des Lohnes für 14 Tage. — Eine weitere Austragung der Frage ist, weil der Betrag unter 100 Mk. ist, nicht möglich. Auch verschiedene herausragende juristische Autoritäten haben sich dahin ausgesprochen, daß Bedingungen in der Arbeitsordnung, welche den großen Prinzipien des modernen Rechtes, insbesondere auch der Koalitionsfreiheit, widersprechen, gegen die guten Sitten verstoßen und daher nichtig seien. So die Strafrechtslehrer Dr. Planck, Staudinger u. a.

Der weltberühmte Terrorismus der Industriellen an der Saar.

hat durch König Stumm's Tod nicht die leiseste Einbuße erlitten. Immer wieder erfährt die Öffentlichkeit von ungläublichen Vergewaltigungen der Industriearbeiter im Saargebiet. Wie kürzlich auf der Hütte zu Böllingen, dann auf der Glasplatte zu Sulzbach, so wurde jetzt, wie die Trierische Landeszeitung berichtet, auch auf dem Burbacher Hüttenwert den Arbeitern seitens der Werkleitung erklärt, daß jeder Arbeiter, der mit der Sozialdemokratie in Beziehung trete, dem Gewerbeverein oder dem Metallarbeiter-Verband angehöre, entlassen werde, wer anfangs, gegen die Interessen der Arbeiter und die der Hütte zu agitieren und zu wirken, werde unter keinen Umständen geduldet. So erklärte der Direktor Weisendorf von der Burbacher Hütte in einer Ansprache an eine Reihe von Arbeitern, denen er wegen ihrer 25jährigen Tätigkeit die übliche goldne Uhr überreichte. Dabei teilte er mit, daß die Generalversammlung der Hütte 60000 Mk. zu Dienstalterszulagen bewilligt habe, die auf Sparfüßbüchler angelegt werden sollen. Die Burbacher Hütte beschäftigt mehr als 4000 Arbeiter. Es kommen also auf den Kopf nicht einmal die berühmten 30 Silberlinge. Dafür müssen die Arbeiter ihre politische, ihre gewerkschaftliche und ihre persönliche Freiheit verkaufen. In Saarabien ist ja sogar auf gewissen Werken noch der Heiratkonkurs für die Arbeiter vorgeschrieben.

Der Lohn der Jugend.

Die Arbeiter-Zeitung, die den Kampf gegen die Arbeiterchaft bekanntlich nur aus ethischen Motiven und in uneigen-nützigster Weise führt, hat vom Gesamtverband Deutscher Metall-industrieller eine jährliche Beihilfe von 500 Mk. bewilligt erhalten. Herr Georg Elsner, der Direktor dieser Zeitung, bedankte sich in der Sitzung am 28. September und ersuchte, für die Zeitung bei den Betriebsverbänden ein regeres Interesse wachzurufen, da hiervon die Lebensfähigkeit des Blattes abhängt.

Inhalt von Nr. 46.

Schutzöllnerische Strömungen in England. — Aus dem christlich-katholischen Lager. — Kongreß der französischen Metallarbeiter. — Aus dem Metallindustriellen-Verband. — Arbeiter-Zeitung contra Metallarbeiter-Zeitung. — „Criter deutscher Arbeiterkongreß“. — Zum Lohnkampf der Berliner Metallarbeiter. — Deutscher Metallarbeiter-Verband: Bekanntmachung. — Aus der Metallindustrie: Verein deutscher Werkzeugschneidmaschinenfabriken. Die Deuser Gasmotorenfabrik. Gültige Anzeichen. — Korrespondenzen. — Rundschau: Bauernbündler Schrempf als „regelrechter“ Arbeitervertreter. Wohl ein Nachspiel zur Fierlohn-Auflösung. Verstoß gegen die guten Sitten. Der weltberühmte Terrorismus der Industriellen an der Saar. Der Lohn der Jugend.

Verbands-Anzeigen.

Mitglieder-Versammlungen.

(In allen Versammlungen werden Mitglieder ausgen.)
Altenburg. Samstag, 14. November, abends 9 Uhr, im „Lionel“.

8 Uhr, in der Stadt Hamburg.
Darmstadt. Samstag, 21. November, abends 9 Uhr, im Restaur. Fischer.

Saale. Samstag, 21. Nov., abends 9 Uhr, bei W. Hiesgen.
Seidberg (Spengler). Samstag, 21. Nov., im Schiffsbau-Viertel.

Müggeln (Bezirk Dresden). Samstag, 21. Nov., abends 9 Uhr, im „Schweizergarten“.
Mühlhausen i. G. Samstag, 21. Nov., abends 9 Uhr, bei Dillger.

Schleswig. Samstag, 28. November, abends 9 Uhr, bei Paulsen.
Schwelm. Sonntag, 15. November, nachm. 5 Uhr, bei Doerffel.

Zwickau. Samstag, 21. Nov., abends 9 Uhr, im Helenebe.
Zwischen. Sonntag, 15. Nov., nachm. 4 Uhr, im „Goldenen Löwen“.

Conrad Müller Buch- und Steindruckerei
Perforier- und Gummi-Anstalt
Gegründet 1886 • Telefon No. 86
Schkeuditz-Leipzig.
SPEZIALITÄT:
Quittungsmarken, Kautschukstempel, Fabellen, Kassenbücher

Metallarbeiter-Notiz-Kalender 1904
Unentbehrliches Notiz- und Nachschlagebuch
für alle Verbands-Mitglieder.
Reichhaltiger Inhalt • Gute Auswahl u. übersichtliche Anordnung des Stoffes.
Eleganter Druck • Gediegener Ganzleinenband mit Tasche und Stiftpf.
Preis für Verbandsmitglieder 50 Pf. exkl. 10 Pf. Porto.

3te Grosse-Freiburger Gold-Lotterie
zur Wiederherstellung des Münsters.
Loose à M. 3.30 Porto und Liste 30 Pf. extra.
12,184 Geldgewinne ohne Abzug Mark
322500
Hauptgewinne:
M. 100,000
M. 40,000
M. 20,000
M. 10,000

Glas-Christbaumschmuck
1. bis 1. geschmücktes Glas, sehr schön gefärbt, 320 Stück.
Eug. Karecker, Lindenstr. 71A B

Zigarren!
Beste, billigste Bezugsquelle!
Gzellek & Geballe
Spandauerbrücke Berlin

Die Metallfärbung
und deren Ausführung
mit besonderer Berücksichtigung der chemischen Metallfärbung.
Praktisches Hilfs- und Lehrbuch für alle Metallgewerbe.

Gebrüder Rauh
GRÄFRATH bei Solingen
Stahlwarenfabrik und Versandhaus I. Ranges
30 Tage zur Probe
Herres-Nickel-Uhrzeit No. 1600

Berechnen der Wechselläder
2. Gewinnschnitten. 33 Pf.
Bismarck-Zeichen u. Projektions-
Lehre als Grundlage f. d. geod. Zeichn.

Formwerkzeuge
aller Art liefert in jener Ausführung
Max Prüller, Formwerkzeugfabrik
Böhlen-Leipzig.
Mechaniker
Fahrrad, Nähmaschinen,
Reparatur, und Schmied-
arbeiten, ferner, ferner, ferner.

Neu! Unentbehrlich! Neu!
Elektr. Taschenlampe
mit 5000 Entzündungen, unentbehrlich
für Militär, Radfahrer, Beamte etc.
Wattversandhaus Walter Kirberg
Focher 70, Solingen.

30 Tage zur Probe!
5 Jahre Garantie
berühmte Messerfabrik
No. 27 im hohl. à M. 1.50
No. 29 sehr hohl. à „ 2.00

MEINEL & HEROLD
Kasselerstr. 10, Leipzig (S.)
Fahrräder, Nähmaschinen,
Reparatur, und Schmied-
arbeiten, ferner, ferner, ferner.

Die Buchdruckerei des Deutschen Metall-
arbeiter-Verbandes unter der Firma
Alexander Schlicke & Co.
Stuttgart, Rötterstrasse 16 B
empfiehlt sich den verehrlichen Gewerk-
schaftsvorständen, Mitgliedern und Gesell-
schaften zur Herstellung aller Arbeiten in
Buchdruck bei sorgfältiger und gediegener
Ausführung sowie solider Berechnung.

Gutes Sohlenleder
pr. Bld. M. 1.25, verkauft jedes
Quantum überaus billig geg. Nachr. (104
August Schwarzkopf, Erfurt.
Der Metallarbeiter.
Führer- und Nachschlagebuch für
Drehen und Schloffer.